

Die Parteien auf dem Prüfstand

Vor jeden Parlamentswahlen konfrontiert die CGFP die politischen Parteien mit angenehmen und manchmal unangenehmeren Fragen zu Themen, die den Angehörigen des öffentlichen Dienstes besonders am Herzen liegen. Auch 2013 halten wir an dieser Tradition fest. So können unsere Mitglieder und Leser sich selbst ein Bild davon machen, welche Partei ihre Anliegen am besten vertritt.

Frage 1:

Bekannt sich Ihre Partei zum partikularen Statut der öffentlich Bediensteten, deren statutarisches Dienstverhältnis für die CGFP die Grundvoraussetzung für das geordnete Funktionieren der staatlichen Institutionen ist, als solches grundsätzlich erhalten bleiben und gemäß seinen eigenen Prinzipien weiterentwickelt werden muss?

CSV: Ja

DP: Ja

déi gréng: Ja

LSAP: Ja

adr: Ja

KPL: Ja

déi Lénk: Ja

PID: Ja

piratepartei: Nein

Anm.: Die Piratenpartei fordert einen wahren „statut unique“, der auch Staatsbeamte nicht ausschließen darf. Partikularitäten müssen über Zusatzverträge / -gesetze abgedeckt werden, aber nicht durch das Beibehalten von partikularen Statuten.

Frage 2:

Bestätigen Sie, dass auch in Zukunft ausschließlich mit der CGFP, der einzigen national repräsentativen Gewerkschaft für den öffentlichen Dienst, Verhandlungen wie z.B. über die Besoldungspolitik oder das statutarische Dienstrecht geführt werden müssen und dass die daraus resultierenden Vereinbarungen nach den Prinzipien der Sozialpartnerschaft verbindlichen Charakter haben?

CSV: Ja

DP: Ja

déi gréng: Ja

LSAP: Ja

adr: Nein

KPL: Nein

déi Lénk: Nein, jede repräsentative Gewerkschaft im öffentlichen Dienst soll für ihren Teilbereich die Besoldungspolitik mit verhandeln (CGFP beim Staat, FGFC und Landesverband bei den Gemeinden, Landesverband und Syprolux bei den CFL, ...);

Ja, die daraus resultierenden Vereinbarungen müssen verbindlichen Charakter haben.

PID: Ja

piratepartei: Ja & Nein

Anm.: So lange die CGFP die national repräsentative Gewerkschaft für den öffentlichen Dienst ist, stimmen wir der Aussage zu. Sollte sich an dieser Situation was ändern, müssen wir die Aussage verneinen.

Frage 3:

Ist Ihre Partei entschlossen, den Zugang zum öffentlichen Dienst sowohl für Beamte als auch für Angestellte strikt und konsequent nach den gesetzlich festgelegten, sachlichen, gerechten, die Chancengleichheit währenden Ausschreibe- und Ausleseverfahren zu gewährleisten?

CSV: Ja

DP: Ja

déi gréng: Ja

LSAP: Ja

adr: Ja

KPL: Ja

déi Lénk: Ja

PID: Ja

piratepartei: Ja.

Anm.: Wo diese Verfahren Anpassungen benötigen, müssen diese aber auch durchgeführt werden. So setzt sich die Piratenpartei z.B. für komplett anonymisierte Verfahren ein.

Frage 4:

Ist Ihre Partei, entsprechend dem von der CGFP und der Regierung 2007 ausgehandelten Besoldungsabkommen bestrebt, dem durch die fahrlässige Politik der Vergangenheit entstandenen Wildwuchs im Bereich der sogenannten öffentlichen Einrichtungen („établissements publics“) Einhalt zu gebieten?

CSV: Wir sind grundsätzlich der Meinung, dass viele öffentliche Tätigkeitsfelder in den öffentlichen Dienst gehören. Nichtsdestotrotz sind öffentlich-rechtliche Anstalten in bestimmten Bereichen die geeignetere Form, um gewisse öffentliche Dienstleistungen zu verwalten.

DP: Nein. Sollten bestimmte öffentliche Dienstleistungen, die keinen hoheitsrechtlichen Charakter haben, effizienter und kostengünstiger außerhalb des normalen Staatsapparats

funktionieren können, wollen wir Einrichtungen öffentlichen Rechts („établissements publics“) schaffen. Allerdings darf dies nur unter strengen Regeln und mit Rücksicht auf die erworbenen Rechte des Verwaltungspersonals geschehen. Deshalb sollen die gleichen Grundregeln für alle Einrichtungen öffentlichen Rechts in einem Rahmengesetz festgelegt werden.

déi gréng: Nein

LSAP: Ja

adr: Nein

KPL: Ja

déi Lénk: Ja

PID: Ja

piratepartei: Ja

Anm.: Die Piraten stehen der Hybridlösung von „établissements publics“ kritisch gegenüber. Wir fordern, dass hoheitliche Aufgaben integral vom Staat übernommen werden.

Frage 5:

Stimmt Ihre Partei der Forderung der CGFP zu, dass das sogenannte „Ajustement“, d.h. die automatische Anpassung der Renten und Pensionen an die allgemeine Entwicklung des Lohnniveaus, als eine erhebliche soziale Errungenschaft völlig normal im gewohnten Zwei-Jahres-Rhythmus zu Gunsten der Ruheständler zu erfolgen hat?

CSV: Die regelmäßigen Anpassungen der Rente an die Entwicklung der realen Löhne, die wir befürwortet und mitgetragen haben, garantieren unseren Senioren gute Lebensbedingungen. Die Renten sollen prinzipiell auch in Zukunft angepasst werden, wobei die Anpassung der wirtschaftlichen und finanziellen Situation des Landes und der Rentenkassen Rechnung tragen muss.

DP: Nein. Ein wichtiger Wettbewerbsvorteil des Standorts Luxemburg besteht in moderaten Lohnnebenkosten. Die DP will eine Reform, bei der Beitragserhöhungen keine unabdingbare Bedingung für den Fortbestand des Rentensystems darstellen. Wir wollen den finanziellen und wirtschaftlichen Spielraum der künftigen Generationen nicht weiter einengen. Wer die DP wählt, ist der Ansicht, dass alle

Generationen, also auch die heutigen Rentner, ihren Beitrag zu einer Rentenreform leisten müssen. Die DP ist davon überzeugt, dass die Großeltern, die heute Renten bekommen, nicht auf Kosten ihrer Enkel leben wollen. Denn Nichtstun bzw. eine halberzogene Rentenreform bedeuten nicht nur deutlich niedrigere Renten und höhere Beiträge bzw. Lohnnebenkosten für die zukünftigen Generationen. Es bedeutet zudem, dass wir ein sehr starkes Wirtschaftswachstum Jahr für Jahr produzieren müssen, was wiederum mit erheblichen Folgekosten verbunden ist.

déi gréng: Nein

LSAP: Ja

adr: Ja

KPL: Ja

déi Lénk: Ja

PID: Ja

piratepartei: Keine Meinung

Anm.: Die Piratenpartei hat eine umfassende Reform der sozialen Sicherungssysteme vor, bei der es keine Tabus geben darf. Aktuelle Errungenschaften sollen aber äquivalent beibehalten werden.

Frage 6:

Teilt Ihre Partei die Ansicht der CGFP, dass eine maximale Indextranche, d.h. ein „gedeckelter Index“, alles andere als sozial ist und zusätzlich den Erhalt der Kaufkraft aller Arbeitnehmer sowie den sozialen Frieden und die globale Gehälterstruktur in Frage stellt?

CSV: Die CSV verweist auf ihre Antwort unter Punkt 3 „Soziales“, in der es heißt:

Für uns ist die „Tripartite“ ein Instrument, das sich lange bewährt hat und den sozialen Frieden in Luxemburg sichert. Wir stehen nach wie vor zu diesem Instrument. Wir wollen die Sozialpartner auffordern und unterstützen, den Sozialdialog wieder aufzunehmen.

So wollen wir eine – in unseren Augen notwendige – Reform der Lohnindexierung nach Beratungen mit der „Tripartite“ vorbereiten. Unsere Vorgabe ist höchstens eine Index-Tranche pro Jahr. Gesundheitsschädliche Waren wie Tabak oder Alkohol gehören für uns nicht in den Index-Warenkorb. Umweltschädliche Produkte sollen

prinzipiell ausgeschlossen werden. Unserer Meinung nach sollen ab einer bestimmten Höhe die Spritpreise nicht mehr in der Index-Messung berücksichtigt werden. Heizölpreise und ihre Erhöhungen müssen jedoch weiterhin voll und ganz ihren Niederschlag im Index-Warenkorb finden. Wir wollen zudem eine Konsensanalyse über die Begleitmaßnahmen einer eventuell einzuführenden maximalen Indexbranche durchführen.

DP: Ja, wir lehnen den sogenannten „gedeckelten Index“ ab, weil er keine zusätzliche Luft für die Unternehmen und damit für sichere Arbeitsplätze bringt und darüber hinaus neue Spannungen im Lohngefüge bewirken wird.

déi gréng: Ja

LSAP: Ja

adr: Ja

KPL: Ja

déi Lénk: Ja

PID: Ja

piratepartei: Nein

Frage 7:

Ist Ihre Partei bereit, erneut eine gesetzliche Regelung einzuführen, damit die Steuertabelle an die Inflation angepasst werden kann, um so die schleichende Steuererhöhung zumindest teilweise auszugleichen?

CSV: Die CSV verweist auf ihre Antwort unter Punkt 4 „Steuerpolitik“, in der es heißt:

Wir wollen nach den großen Steuerreformen der vergangenen zwanzig Jahre erneut eine globale Steuerreform ins Auge fassen. Sie war angesichts der Unwägbarkeiten und Risiken der Wirtschafts- und Finanzkrise in der zurückliegenden Legislaturperiode nicht möglich. Wir können eine substantielle Absenkung der Steuerlast nicht versprechen. Aber wir streben eine ausgewogene Umstrukturierung der Steuerlandschaft an. Die Betriebsbesteuerung muss auch weiterhin zur Erhaltung der Wettbewerbsfähigkeit des Arbeits- und Investitionsstandortes Luxemburg beitragen.

Wir sehen auch in Sachen Personenbesteuerung Reformbedarf. Wir werden die Listen der bestehenden Steuerkredite dort ausdehnen, wo sie zu mehr Steuergerechtigkeit führen können.

Wir wollen im Rahmen der Haushaltsmöglichkeiten den Steuersatz und seine Progression so glätten, dass die sogenannte Mittelschicht entlastet werden kann. Wir wollen die optionale Individualbesteuerung einführen.

Wir werden die Vermögenssteuer für Privatpersonen nicht wieder einführen. Die Vermögenssteuer der Betriebe bleibt aber bestehen.

Wir werden nicht umhin kommen, die Mehrwertsteuer anzupassen. Damit wird der Ausfall

der durch den elektronischen Handel erzielten Steuereinnahmen teilweise kompensiert. Wir werden dafür sorgen, dass Luxemburg weiterhin den niedrigsten TVA-Regelsatz in Europa behält. Der Mindeststeuersatz auf Grundnahrungsmittel wird nicht erhöht. Er bleibt bei 3 Prozent. Den TVA-Steuer ausfall im Bereich des elektronischen Handels kann man aber nicht nur durch Steuererhöhungen ausgleichen. Zusätzliches Sparen bleibt notwendig.

DP: Ja. Die DP steht nach wie vor zum Prinzip einer progressiven Steuertabelle. Wir wollen die Steuertabelle und die Abschreibungsmöglichkeiten mit Rücksicht auf den finanziellen und wirtschaftlichen Kontext überarbeiten, vereinfachen und entbürokratisieren und mehr Gerechtigkeit schaffen. Dabei werden wir auch vor dem Hintergrund der Finanzplatzstrategie hinterfragen, ab welchem Punkt höhere Tarife im Spitzensteuerebereich gesamtstaatlich gesehen zu fallenden Einnahmen führen.

déi gréng: Ja

LSAP: Nein

adr: Ja

KPL: Ja

déi Lénk: Ja

PID: Ja

piratepartei: Ja

Frage 8:

Spricht sich Ihre Partei bei der Krankenversicherung, genau wie die CGFP, prinzipiell gegen Verschlechterungen der staatlichen Krankenkassenleistungen aus?

CSV: Ja

DP: Ja. Für die DP steht fest, dass unser Gesundheitssystem weiterhin finanzierbar bleiben muss. Auf Beitragserhöhungen wollen wir nach Möglichkeit verzichten und gleichzeitig alles daran setzen, um unnötige (Verwaltungs-)Ausgaben zu vermeiden. Um die Menschen nicht weiter zu belasten und die Kaufkraft weiter zu schmälern, wollen wir die Beiträge der Versicherten auf dem aktuellen Niveau halten. Ebenso gilt es, aus Wettbewerbsgründen die Arbeitgeberbeiträge nicht anzuheben.

déi gréng: Ja

LSAP: Ja

adr: Ja

KPL: Ja

déi Lénk: Ja

PID: Ja

piratepartei: Ja

Frage 9:

Das nationale Wahlrecht sollte der CGFP zufolge exklusiv den Staatsangehörigen vorbehalten bleiben, umso mehr alle Möglichkeiten geschaffen wurden, um die luxemburgische Nationalität zu erwerben. Ist das auch der Standpunkt Ihrer Partei?

CSV: Ja

DP: Nein. Wir denken, dass es auf Dauer nicht gesund ist, fast die Hälfte der Bevölkerung, Menschen, mit denen wir jeden Tag zusammenleben und -arbeiten, von politischen Rechten teilweise oder ganz auszuschließen. Daher haben wir uns klar dafür ausgesprochen, unseren ausländischen Mitbürgern in allen Belangen bei den Europa- und Kommunalwahlen dieselben Rechte zuzugestehen als den Luxemburgern. Wir sind auch immer noch der Meinung, dass eine Debatte über die Ausdehnung des aktiven und passiven Wahlrechts auf die nationalen Wahlen geführt und bis 2016 abgeschlossen werden muss. Neben den sicherlich zu klärenden juristischen und verfassungsrechtlichen Fragen, muss diese Diskussion intensiv, sachlich und im gegenseitigen Respekt mit den Luxemburgern geführt werden. Parteiübergreifend muss sich deshalb das Wort gegeben werden, ohne Polemik an diese Thematik heranzugehen. Wir denken, dass vor allem das grundsätzliche Kriterium der Residenzdauer strenger sein sollte, als wie bei der von uns vorgeschlagenen Reform des Nationalitätsgesetzes. Ausländische Mitbürger, die diese Kriterien erfüllen und sich in die Wählerliste eingetragen haben, müssen wie alle Luxemburger die Wahlpflicht respektieren. Um die politische Kultur zu verbessern, werden wir die im Rahmen der doppelten Staatsbürgerschaft angebotenen Kurse in Bürgerkunde verallgemeinern und flächendeckend allen Interessierten anbieten.

déi gréng: Nein

LSAP: Nein

adr: Ja

KPL: Ja

déi Lénk: Nein, jeder, der in Luxemburg wohnt und arbeitet, soll nach einer festzulegenden Zeit auch politisch mitbestimmen und an Wahlen teilnehmen können.

PID: Das werden die Luxemburger in einem Referendum bestimmen.

piratepartei: Nein

Frage 10:

Teilen Sie die Befürchtung der CGFP, dass bei fortschreitender Weiterentwicklung der europäischen Integration die Staatsfähigkeit der Mitgliedstaaten zunehmend in Frage gestellt wird und die Nationalparlamente ihre Befugnisse und Souveränitätsrechte zusehends verlieren, falls weitere nationale Kompetenzen zugunsten überstaatlicher Behörden und Strukturen verlagert werden?

CSV: Wir denken, dass bestimmte Bereiche besser im Kompetenzbereich der EU aufgehoben sind, andere hingegen gehören in den Kompetenzbereich der Nationalstaaten. Eine

Rückführung europäischer Kompetenzen in nationalstaatliche Zuständigkeit kann gemäß des Subsidiaritätsprinzips Sinn machen, aber nur dort, wo Staaten und Gemeinden die Interessen der Menschen besser gewährleisten können. Wir sind auch der Meinung, dass Europa mehr Kompetenzen braucht, etwa in der Sozialpolitik. Wir sind auf jeden Fall gegen eine Aushöhlung der EU-Kompetenzen, so wie es verschiedene Mitgliedstaaten fordern.

Wir wollen aber auch dafür sorgen, dass die nationalen Parlamente stärker in den europäischen Entscheidungsprozess eingebunden werden.

Wir werden uns zudem für die Rückkehr zur Gemeinschaftsmethode einsetzen und mit Nachdruck die Rechte kleinerer Mitgliedstaaten verteidigen.

DP: Nein. Auf der Grundlage des Subsidiaritätsprinzips will die DP ein Europa, das uns erlaubt, jene Aufgaben gemeinsam zu meistern, die wir am besten zusammen angehen können. Hieraus ergibt sich, dass die Zuständigkeiten zwischen der Union und den Mitgliedstaaten klar geregelt werden müssen. Die DP wird Sorge tragen, dass der Einfluss der nationalen Parlamente in allen Bereichen der europäischen Zusammenarbeit gestärkt wird.

déi gréng: Nein

LSAP: Ja

adr: Ja

KPL: Ja

déi Lénk: Ja

PID: Ja

piratepartei: Nein



**pour une
fonction
publique**

- ▶ **indépendante,**
- ▶ **unie**
- ▶ **et solidaire**

Frage 1: Reformvorhaben im öffentlichen Dienst

Wesentliche Teile der Reform des Beamtendienstrechts sollten bereits zum 1. Januar 2014 in Kraft treten. Nach schwierigen und jahrelangen Verhandlungen hatte die CGFP mit ihrem Dienstherrn einen für beide Seiten annehmbaren Kompromiss ausgearbeitet, der zumindest in weiten Teilen denen im Parlament seit längerem hinterlegten Gesetzentwürfen entspricht.

- Ist Ihre Partei entschlossen, diesen Kompromiss nach den Wahlen umgehend im Parlament zur Abstimmung zu bringen, ohne vorher wesentliche und bereits ausgehandelte Teile der Reform erneut in Frage zu stellen?
- Es bleibt für die CGFP weiterhin unannehmbar, dass die Entschädigungen für angehende Beamte während der dreijährigen „Stage“-Zeit auf einmal nicht mehr aufgrund des eigentlichen Einstiegsgehaltes (Gehaltsstufe 4), sondern auf der Grundlage einer niedrigeren Ausgangssituation (Stufe 3) berechnet werden sollen. Teilt Ihre Partei die Meinung der CGFP, dass dieser Knackpunkt zu Gunsten der zahlreichen Anwärter zum Staatsdienst umgehend zu beseitigen ist, damit das Reformvorhaben im Interesse beider Verhandlungspartner schnellstmöglich und so wie abgemacht umgesetzt werden kann?



Die CSV steht zur Reform des öffentlichen Dienstes und zum Gehälterabkommen. Wir betrachten beides als ein gebündeltes Maßnahmen-Paket und wollen es ohne Abstriche in der Sache und im abgemachten Zeitplan verwirklichen.

Wir wollen danach die Reform im öffentlichen Dienst regelmäßig be- und auswerten, um somit am Ende der Legislaturperiode Bilanz ziehen zu können. Dies wird ermöglichen, danach gegebenenfalls nötige Änderungen vorzunehmen.

nen, dass unser Land eine Vorreiterrolle in Europa einnehmen kann, um sie nicht zuletzt auch als Standortvorteil zu nutzen. Dieses Ziel ist nur mit hochmotivierten und gut ausgebildeten Beamten zu erreichen. Vor diesem Hintergrund werden wir prüfen, welche Rahmenbedingungen in der nächsten Legislaturperiode weiter angepasst und/oder ausgebaut werden müssen.



a) déi gréng werden das von der CSV-LSAP Regierung ausgehandelte Abkommen respektieren.

b) déi gréng werden das von der CSV-LSAP Regierung ausgehandelte Abkommen respektieren.



a) Die DP wird die hinterlegten Gesetzesnovellen nicht grundsätzlich in Frage stellen. Wir sind jedoch der Meinung, dass eine direkte und generelle Einführung des Beurteilungssystems erst nach dem erfolgreichen Ablauf einer Testphase in ausgesuchten Verwaltungen stattfinden soll.

Die neuen Elemente einer modernen Personalführung, die jetzt vorgesehen sind, werden auf ihre Machbarkeit überprüft, nicht zuletzt auch aus Kosteneffizienzgründen.

b) Die DP hat sich immer für einen attraktiven öffentlichen Dienst eingesetzt. Eine Reform der staatlichen Verwaltung muss dazu die-



a) Die LSAP wird die Statuten- und Gehälterreform nicht neu verhandeln. Die Ungereimtheiten, die sich zweifelsohne in den vorgelegten Gesetzesprojekten befinden, werden wir im Rahmen des üblichen Gesetzgebungsprozesses – unter Berücksichtigung der Gutachten des Staatsrates, der Berufskammern und anderer Organisationen und Verbände – und im ständigen Dialog mit den betroffenen Partnern korrigieren.

b) Ja, die LSAP teilt in diesem Punkt die Position der CGFP.



a) Nein! Angesichts der schwierigen finanziellen Lage im Staatshaushalt, der für 2013 Anleihen in Höhe von 4,5 Milliarden € vorsieht, dürfen die Löhne nur im Rahmen der derzeit geltenden gesetzlichen Regeln steigen (z.B.: Index, Beförderungen, Annalen). Darüber hinausgehende Gehaltssteigerungen, z.B. durch eine Erhöhung des Punktwerts, kommen wegen der angespannten Lage der öffentlichen Haushalte nicht in Frage. Es ist in den Augen der ADR nicht vorstellbar, Gehaltserhöhungen zu Lasten zukünftiger Generationen über Schulden zu finanzieren.

Die ADR ist nicht nur gegen die Erhöhung des Punktwerts, sondern auch gegen die Einführung eines Bewertungssystems. Ein solches System ist in der Praxis zum Teil überhaupt nicht praktikierbar und bedingt darüber hinaus einen gewaltigen, zusätzlichen Verwaltungsaufwand. Die ADR befürchtet außerdem, dass ein solches System nur zu einer Politisierung der Beamtenschaft beitragen könnte.

b) Es ist eine Tatsache, dass die vergleichsweise hohen Anfangsgehälter im öffentlichen Dienst in einigen Berufssparten eine sehr schwierige Konkurrenzsituation zu Lasten der privaten Betriebe schaffen. Eine Situation in der z.B. hoch qualifizierte Handwerker es aus finanziellen Gründen vorziehen, ihren Beruf aufzugeben, um eine weniger qualifizierte, aber besser bezahlte Arbeit beim Staat zu verrichten, liegt nicht im gesamtwirtschaftlichen Interesse und muss daher korrigiert werden. Die ADR spricht sich hier für eine differenzierte Herangehensweise aus. Anstatt in sehr globalen Kategorien zu denken, sollten die Problembereiche klar identifiziert werden und die Gehaltsstufen und der Karriereverlauf in den betroffenen Berufen so angepasst werden, dass diese Konkurrenzsituation bei den Anfangsgehältern ausgeglichen wird. Der Gesamtverlauf einer Gehaltskarriere sollte von solchen punktuellen Umschichtungen oder zeitlichen Verschiebungen jedoch nicht betroffen sein. Die globale Einstufung und Entlohnung einer Karriere muss den allgemeinen Gehaltsverhandlungen vorbehalten bleiben.



a) Alle positiven Verbesserungen, die vereinbart wurden (Revalorisierung verschiedener Laufbah-

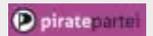
nen, Harmonisierung der Aufstiegsmöglichkeiten, ...), sollen so schnell wie möglich im Parlament zur Abstimmung gebracht werden. Wir werden sie selbstverständlich unterstützen. Verschiedenen Verschlechterungen – wie der Kürzung der Anfangsgehälter und Entschädigung während der „Stage“-Zeit, der undifferenzierten Verlängerung der „Stage“-Zeit auf 3 Jahre, dem geplanten Bewertungssystem, den Übergangsbestimmungen bei der Revalorisierung verschiedener Laufbahnen ... – werden déi Lénk nicht zustimmen.

b) déi Lénk wehren sich gegen jegliche Verschlechterung der Anfangsgehälter, sowohl in Bezug auf die Referenzgehaltstufe als auch in Bezug auf die Anerkennung der Vordienstzeit („bonification d’ancienneté“), wo die „Stage“-Jahre und „nicht gearbeitete“ Jahre nicht mehr anerkannt werden.



a) Die KPL ist der Ansicht, dass der zwischen der CGFP und der Regierung ausgehandelte Kompromiss nach den Wahlen vom 20. Oktober 2013 umgehend im Parlament zur Abstimmung gebracht werden muss, ohne dass die erzielten Abmachungen erneut in Frage gestellt werden.

b) Die KPL war von Anfang an gegen eine niedrigere Besoldung der angehenden Staatsbeamten und vertritt den Standpunkt, dass das Einstiegsgehalt während der dreijährigen „Stage“-Zeit nicht auf der Grundlage der Gehaltsstufe 3, sondern der Gehaltsstufe 4 berechnet werden muss. Alles andere wäre eine Kürzung des Einstiegsgehalts beim Staat, was die KPL ablehnt.



a) Nein

Anm.: Da die Piratenpartei nicht an den Vorarbeiten zu diesem Kompromiss beteiligt war und er unseren Ideen teilweise widerspricht, würden wir uns bei einer umgehenden Abstimmung enthalten müssen.

b) Die Piratenpartei setzt sich für eine Gleichbehandlung aller Menschen ein, so auch der angehenden Beamten im Vergleich mit verbeamteten Personal.

Frage 2: Besoldungsabkommen

Auf Grund wechselnder wirtschaftlicher und finanzieller Voraussetzungen gab die CGFP ihre Zustimmung, das im Juli 2011 eingegangene Besoldungsabkommen zeitlich zu verschieben: Die Auszahlung einer Einmalprämie von 0,9 Prozent des Jahresgehalts erfolgt somit erst im Juli 2014, eine Anhebung des Punktwertes um 2,2 Prozent wurde gar auf 2015 verlegt.

- Gibt Ihre Partei heute die feste Zusage, dass das Abkommen in dieser Form und nach diesem Zeitplan umgesetzt wird?
- Teilt Ihre Partei die Meinung der CGFP, dass es sich beim geplanten Reformvorhaben im öffentlichen Dienst und bei dem im Juli 2011 ausgehandelten Besoldungsabkommen um ein gebündeltes Maßnahmenpaket handelt, das so nur in seiner Gesamtheit umgesetzt werden kann?



a) & b) Wir wollen einen effizienten und modern geführten öffentlichen Dienst. Wir sind allerdings seit Beginn der Verhandlungen, genauso wie andere Parteien, nicht damit einverstanden gewesen, eine inhaltliche Reform mit einem Gehälterabkommen zu verbinden. Die DP steht zu ihrer Meinung, dass ein Gehälterabkommen vor dem Hintergrund der desaströsen Finanzlage des Staates nicht zu rechtfertigen ist. Die DP hat sich in guten Zeiten immer dafür eingesetzt, dass der öffentliche Dienst am Wachstum teilhaben soll. In Zeiten allerdings, in denen die Wirtschaft insgesamt mit Stagnation und Negativwachstum konfrontiert ist und in denen die Arbeitslosenzahlen steigen, sind wir der Meinung, dass Gehaltsverbesserungen im öffentlichen Dienst nicht zu rechtfertigen sind. Wir wollen nicht auf der einen Seite die öffentlichen Gehälter verbessern und zur Gegenfinanzierung dieser Entscheidung auf der anderen Seite Ausgaben kürzen oder Steuern erhöhen.



Die CSV verweist auf ihre Antwort unter Frage 1, in der es heißt: Die CSV steht zur Reform des öffentlichen Dienstes und zum Gehälterabkommen. Wir betrachten beides als ein gebündeltes Maßnahmen-Paket und wollen es ohne Abstriche in der Sache und im abgemachten Zeitplan verwirklichen. Wir wollen danach die Reform im öffentlichen Dienst regelmäßig be- und auswerten, um somit am Ende der Legislaturperiode Bilanz ziehen zu können. Dies wird ermöglichen, danach gegebenenfalls nötige Änderungen vorzunehmen.



a) déi gréng werden das von der CSV-LSAP-Regierung ausgehandelte Gehälterabkommen respektieren.

b) Ja

Vorschläge von déi gréng zu den Reformvorhaben im Öffentlichen Dienst und zum Besoldungsabkommen:

Ein effizienter öffentlicher Dienst mit engagierten Beamten

Der Staat und seine Verwaltungen sollen im Dienste der Menschen stehen.

Déi gréng wünnen sich eine kompetente Verwaltung, die öffentliche Programme effizient umsetzt. Ein starker Staat braucht eine innovative Verwaltung, die die Bürger und Bürgerinnen als Bürger ansieht und sie bei der Gestaltung neuer Dienstleistungen mit einbezieht.

déi gréng werden:

- die Weiterbildung und Weiterentwicklung der Staatsangestellten und Beamten und Beamtinnen konsequent fördern und den demographischen Entwicklungen in der Gesellschaft und in der Verwaltung Rechnung tragen;
- den Staat als attraktiven Arbeitgeber stärken durch das Angebot an vielfältigen Berufen, modernen Organisationsformen und -Strukturen und neuen Arbeitsmethoden und auf diese Weise den Mitarbeitern und Mitarbeiterinnen interessante Karrieren und Perspektiven bieten;
- die Möglichkeiten der digitalen Verwaltung nutzen, um den Austausch der Informationen mit den Bürgerinnen und Bürgern transparenter, flexibler und einfacher zu gestalten;
- das von der CSV-LSAP-Regierung ausgehandelte Gehälterabkommen respektieren, das für die Periode 2014-2015 gelten soll, und für 2016-2017 ein neues Abkommen aushandeln;
- im zukünftigen Gehälterabkommen, vorrangig qualitative Elemente vorsehen, beispielsweise bessere Aus- und Weiterbildungsmöglichkeiten, Lebensarbeitszeitkonten, zusätzlicher Urlaub oder spezielle Vergünstigungen in der Mobilität (z.B. Jobtickets), Gesundheit am Arbeitsplatz;
- das ausgehandelte neue Beamtenstatut respektieren. Das Disziplinarrecht wollen wir jedoch im Sozialdialog zur Diskussion stellen.



a) Ja, die LSAP wird das Gehälterabkommen wie vereinbart umsetzen.

b) Die LSAP teilt die Meinung der CGFP, dass beide Abkommen ein Paket darstellen und gemeinsam umgesetzt werden müssen.

adr:

a) & b) Nein zu beiden Fragen, mit derselben Begründung wie zu Frage 1.

déi Lénk

a) Die von Regierungsseite vorgeschobenen Argumente zur Verschiebung des Abkommens von Juli 2011 auf Juli 2014 waren schon mehr als fragwürdig. Dieses Abkommen muss jetzt ohne Wenn und Aber umgesetzt werden.

b) déi Lénk sind der Meinung, dass das Besoldungsabkommen auf jeden Fall in Kraft treten muss, auch dann, wenn Teile des Reformvorhabens nicht umgesetzt würden.



a) Die KPL hatte sich seinerzeit dagegen ausgesprochen, das im Juli 2011 eingegangene Besoldungsabkommen zeitlich zu verschieben und die Anhebung des Punktwertes auf 2015 zu verlegen. Sie unterstützt aber die Forderung der Gewerkschaft, dass das zwischen der CGFP und der Regierung ausgehandelte Abkommen nun auch in der abgemachten Form und nach dem festgehaltenen Zeitplan umgesetzt werden muss.

b) Die KPL teilt die Ansicht der CGFP, dass das Reformvorhaben im öffentlichen Dienst und das Besoldungsabkommen ein gebündeltes Maßnahmenpaket sind, das in seiner Gesamtheit umgesetzt werden muss.



a) Nein.

Anm.: Dies ist für die Piratenpartei eine unmöglich zu treffende Aussage, da sie an dem Verfahren nicht beteiligt war und wichtige Informationen nicht öffentlich vorliegen.

b) Wir teilen diese Meinung insofern, als wir uns bewusst sind, dass Einzelmaßnahmen so keine Zustimmung gefunden hätten. Dies bedeutet, dass wir einer selektiven Umsetzung negativ gegenüber stehen.

Frage 3: Soziales

- a) Teilen Sie die Auffassung der CGFP, dass zur Absicherung der Kaufkraft der Arbeitnehmer die Wiederherstellung des traditionellen Index-Mechanismus unumgänglich ist? Bestätigen Sie des Weiteren die Auffassung der CGFP, dass die vom Patronat geforderte Deckelung des Index in Wirklichkeit einer Denaturierung gleichkommt, welche die Besoldungsstruktur vornehmlich im öffentlichen Dienst über den Haufen wirft und nicht einmal technisch durchführbar ist?
- b) Ist Ihre Partei, genauso wie die CGFP, gegen jede über die Gebrauchsgewohnheiten hinausgehende Umgestaltung des Index-Warenkorbs, da eine solche, wie auch immer gelagerte Anpassung mit einer Aushöhlung des bewährten Indexsystems gleichzustellen ist?
- c) Wie gedenken Sie den seit Jahren gestörten, aber für das Luxemburger Sozialmodell notwendigen Dialog auf Tripartite-Niveau wiederzubeleben?
- d) Wie steht Ihre Partei zur Forderung der CGFP hinsichtlich der Einführung von:
1. einer Zusatzpension im öffentlichen Dienst (nach den Bestimmungen des zweiten Pfeilers der Altersvorsorge), von der die öffentlich Bediensteten auf verfassungsunrechtmäßige Weise noch immer ausgeschlossen sind?
 2. Zeitsparkonten im öffentlichen Dienst, wissend, dass das im Jahre 2007 von der Regierung unterzeichnete Besoldungsabkommen mit der CGFP dies bereits ausdrücklich vorsah?



Für uns ist die „Tripartite“ ein Instrument, das sich lange bewährt hat und den sozialen Frieden in Luxemburg sichert. Wir stehen nach wie vor zu diesem Instrument. Wir wollen die Sozialpartner auffordern und unterstützen, den Sozialdialog wieder aufzunehmen.

So wollen wir eine – in unseren Augen notwendige – Reform der Lohnindexierung nach Beratungen mit der „Tripartite“ vorbereiten. Unsere Vorgabe ist höchstens eine Index-Tranche pro Jahr. Gesundheitsschädliche Waren wie Tabak oder Alkohol gehören für uns nicht in den Index-Warenkorb. Umweltschädliche Produkte sollen prinzipiell ausgeschlossen werden. Unserer Meinung nach sollen ab einer bestimmten Höhe die Spritpreise nicht mehr in der Index-Messung berücksichtigt werden. Heizölpreise und ihre Erhöhungen müssen jedoch weiterhin voll und ganz ihren Niederschlag im Index-Warenkorb finden. Wir wollen zudem eine Konsensanalyse über die Begleitmaßnahmen einer eventuell einzuführenden maximalen Indextranche durchführen.

Wir wollen Lebensarbeitszeitkonten einführen, sowohl im privaten wie auch im öffentlichen Sektor. Die entsprechenden Gesetzesvorlagen sollen umgesetzt werden.



a) & b) Die Regierung hat sich im Anschluss an die gescheiterte „Tripartite“ bei der Frage des Index darauf geeinigt, bis 2014 nur maximal eine Indextranche pro Jahr anfallen zu lassen. Diese Entscheidung läuft nach 2014 aus, so dass sich die Frage der Zukunft des Index erneut stellt.

Wir denken, dass die Solidarität in der Gesellschaft bestehen bleiben muss. Wir rufen deshalb zu einem solidarischen Akt in der Indexfrage für diejenigen auf, die zurzeit am meisten unter der Wirtschaftskrise zu leiden haben, nämlich den jugendlichen Arbeitslosen. Der Verlust der Wettbewerbsfähigkeit unserer Wirtschaft trifft sie am härtesten. Wir wollen deshalb mit den Arbeitgebern und Arbeitnehmern einen „Solidarpakt für die Jugend und gegen die Jugendar-

beitslosigkeit“ aushandeln. Wir wollen seitens der Arbeitgeber ein Engagement bekommen, die Jugendarbeitslosigkeit zusammen mit der ADEM spürbar zu verringern bzw. die Ausbildung vieler Jugendlicher zu verbessern. Als Gegenleistung schlagen wir vor, zumindest eine Indextranche ausfallen zu lassen. Die Anpassung darf maximal einmal pro Jahr erfolgen, um die Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen zu steigern und die Mittel frei zu machen für eine aktive und messbare Politik gegen die Jugendarbeitslosigkeit. Diesen Solidarpakt wollen wir umgehend aushandeln.

Wir wollen darüber hinaus den Warenkorb überarbeiten bzw. die Gewichtung verschiedener Produkte (Tabak, Energie,...) neu ordnen und den Mechanismus dauerhaft auf maximal eine Indextranche pro Jahr begrenzen.

Die DP möchte an dieser Stelle klarstellen, dass sie den sogenannten „gedeckelten Index“ ablehnt, weil er keine zusätzliche Luft für die Unternehmen und damit für sichere Arbeitsplätze bringt und darüber hinaus neue Spannungen im Lohngefüge bewirken wird.

Das beste Mittel, um die Kaufkraft der Menschen und die Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft zu erhalten, ist eine niedrige Inflation. Wirtschaft und Arbeitnehmer haben ein gemeinsames Interesse an einer niedrigen Inflation. Wir wollen in diesem Sinn zusammen mit allen Beteiligten ein Inflationsbekämpfungsabkommen schließen, um die Preisgestaltung von Produkten und Dienstleistungen, öffentlichen wie privaten, nicht ausufern zu lassen. Wir wollen in diesem Zusammenhang auch überprüfen, ob sich eine sogenannte Desindexierung der Wirtschaft (z.B. Mietverträge und Dienstleistungsverträge) positiv auf die Wirtschaft und die Beschäftigung auswirken könnte.

c) Die Sicherung hoher sozialer Standards ist der Ausgangspunkt unserer Überlegungen. Wirtschaft ist kein Selbstzweck. Die beste soziale Absicherung ist noch immer ein Arbeitsplatz. Wir kämpfen für sichere Arbeitsplätze. Wir stehen zu hohen Sozialstandards. Aber niemand kann diesen Kampf allein gewinnen. Wir müssen uns alle anstrengen, damit jeder für sich, aber auch die Gesellschaft insgesamt unsere gemeinsamen Ziele erreichen. Wir wollen in diesem Sinn den Sozialdialog zwischen Unternehmen und Gewerkschaften im Wirtschafts- und Sozialrat, in der „Tripartite“ und anderen Gremien wieder in Gang bringen.

d-1) Die Eigenvorsorge der Menschen wurde in der vergangenen Rentenreform außen vor gelassen. Die bestehenden gesetzlichen Bestimmungen betreffend die Betriebs- und Privatrenten haben bisher einen relativ bescheidenen Erfolg gehabt. Wir wollen deshalb die gesetzlichen und steuerlichen Bestimmungen überprüfen und ggf. verbessern, damit die Menschen, die mehr Rente haben wollen als das öffentliche System bieten kann, sich mittels attraktiver Instrumente zusätzlich selbst versorgen können. Dabei wollen wir nicht Menschen mit sehr hohem Einkommen begünstigen, die sowieso ausreichend finanzielle Mittel zur Eigenvorsorge haben und nicht auf steuerliche Entlastungen angewiesen sind, sondern vor allem Menschen mit niedrigerem und mittlerem Einkommen.

d-2) Die Regierung hat in dieser Legislaturperiode eine Gesetzesnovelle, die die Zeitsparkonten im öffentlichen Dienst einführen soll, im Parlament hinterlegt. Die DP wird sich für die Verabschiedung dieser Gesetzesnovelle einsetzen.



a) Ja

b) déi gréng sind gegen eine Aushöhlung des Indexsystems.

c) Wir wollen das Luxemburger Sozialmodell wieder beleben durch regelmäßige sektorielle und nationale Runde Tische.

d 1+2) déi gréng stehen sowohl der Forderung einer Zusatzpension im

Öffentlichen Dienst wie der Einführung von Zeitsparkonten positiv gegenüber.

Vorschläge von déi gréng zum Indexsystem

déi gréng werden:

- das normale, nicht modulierte Indexsystem wieder einführen. Die Indexmodulation, die nur ma-

ximal eine Indextranche pro Jahr vorsieht, soll wie vorgesehen Ende 2014 auslaufen. Wenn es in einer außergewöhnlichen Krisensituation in Zukunft dennoch notwendig erscheinen sollte, das Indexsystem

der automatischen Anpassung der Löhne, Gehälter und Renten zeitweise auszusetzen, sollte dies gemeinsam von und mit den Sozialpartnern verhandelt werden.



a) Die LSAP spricht sich klar für die Rückkehr zum traditionellen Index-Mechanismus aus. Sollte sich eine mehrfache Indexauszahlung pro Jahr aufgrund der wirtschaftlichen Entwicklung als nicht verkraftbar erweisen, wird die LSAP im Dialog mit den Sozialpartnern erneut für eine Übergangsregelung eintreten, die mindestens eine Indextranche pro Jahr vorsieht. Den gedeckelten Index lehnt die LSAP u.a. aus den oben genannten Gründen strikt ab.

b) Ja, die LSAP lehnt eine Manipulierung des Warenkorbs, die über die üblichen Anpassungen an die Konsumgewohnheiten der Haushalte hinausgeht, ab.

c) Die LSAP ist der festen Überzeugung, dass der institutionalisierte Sozialdialog zu einem der zentralen Erfolgsfaktoren des Luxemburger Modells gehört, und wird sich dafür einsetzen, dass die Tripartite wiederbelebt wird. Gemeinsam mit den betroffenen Sozialpartnern werden wir mögliche Reformansätze (Zusammensetzung, Form, Vorbereitung, etc.) ausloten.

d-1) Die LSAP wird eine Reform des Gesetzes über betriebliche Zusatzversicherungen einleiten und auch ein Angebot von freiwilligen nicht-betrieblichen Zusatzversicherungen vorsehen, die keinem Gewinnzweck folgen.

d-2) Die LSAP ist grundsätzlich bereit, über die Einführung von Zeitsparkonten im öffentlichen Dienst zu verhandeln.



a), b), c) & d) Die ADR ist ohne Wenn und Aber für den Erhalt des Index-Mechanismus. Beim Warenkorb ist die ADR damit einverstanden, dass Tabakprodukte und deren Akziserhöhungen aus gesundheitspolitischen Erwägungen nicht durch Preisindexerhöhungen ausgeglichen werden dürfen. Die ADR setzt konsequent auf die Bekämpfung der Inflation, auch der hausgemachten, damit der Index-Mechanismus nicht die Wettbewerbsfähigkeit in Frage stellt.

Die Tripartite muss ein begleitendes Organ sein, um bei politischen Entscheidungen zu beraten, darf sich aber der Politik nicht substituieren. Der Sozialdialog muss besser strukturiert werden, z.B. über den Conseil économique et social.

Die Frage der Zusatzpensionen im 2. Pfeiler, also mit Beteiligung vom Arbeitgeber (Staat), müsste an die Bemessungsgrenze gekoppelt werden (aktuell 5 x den Mindestlohn). Es scheint, als sei die aktuelle Regelung für Staatsbeamten günstiger. Die Entscheidung zwischen einerseits Pension mit Obergrenze und Zusatzpension oder andererseits Pension ohne Obergrenze und ohne Zusatzpension muss den Verhandlungspartnern überlassen werden.

Die ADR widersetzt sich nicht der Einführung von Zeitsparkonten im öffentlichen Dienst, sofern die Dienstleistungen am Kunden nicht davon betroffen sind.



a) Déi Lénk stehen uneingeschränkt für automatische Indexbindung der Löhne, Gehälter, Pensionen und Sozialleistungen. Der Index-Mechanismus ist ein Garant zum Ausgleich des Kaufkraftverlustes und kein Instrument, um Lohnpolitik zu machen. Déi Lénk lehnen sowohl die sogenannte „Deckelung“ des Indexes als auch jegliche Verschiebung geschuldeter Tranchen ab. Die Krise darf nicht zum Vorwand genommen werden, die Einkommen weiter zugunsten der Unternehmer, auf Kosten der Schaffenden und Bediensteten, umzuverteilen.

b) Déi Lénk wehren sich gegen jegliche Manipulation des Indexes, auch gegen die von ihnen beschriebene Umgestaltung des Warenkorbs.

c) Déi Lénk sind der Meinung, dass das Patronat nicht weiterhin hemmungslos über Wirtschaft, Staat, Mensch und Natur verfügen darf. Der Verfügungsgewalt der Unternehmer muss das Recht der Schaffenden und Bürger auf Mitbestimmung und Mitgestaltung ihrer Zukunft entgegengesetzt werden. Nur unter diesen Voraussetzungen kann ein sogenannter Sozialdialog auf betrieblicher, ebenso wie auf sektorieller und nationaler Ebene (Tripartite) Sinn erhalten.

d-1) Jedem Mensch muss über die gesetzliche, allgemeine Rente/Pension ein angemessenes Ruhegehalt zugesichert werden. Déi Lénk stehen Zusatzpensionen allgemein skeptisch gegenüber, da diese oftmals dazu dienen, allzu niedrige Pensionen mit Hilfe privater Pensionsfonds aufzubessern. Déi Lénk widersetzen sich kollektiven Zusatzpensionen auf Betriebsebene jedoch keineswegs, vorausgesetzt, diese sind finanziell abgesichert.

d-2) Déi Lénk sind für Zeitsparkonten im öffentlichen Dienst. Dabei ist darauf zu achten, dass Zeitsparkonten weder dazu führen dürfen, dass die Bediensteten „flexibler“ sein müssen, noch dazu, dass der normale Jahresurlaub nicht mehr zur Erholung genutzt wird. Außerdem sind Déi Lénk der Meinung, dass die von der Regierung vorgelegten Projekte zu kompliziert sind und – zusammen mit den jeweiligen Gewerkschaften und Berufskammern – wesentlich vereinfacht werden könnten.



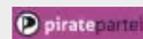
a) Die KPL manifestierte seit 2006 wiederholt gegen die Indexmanipulation und lehnt jede Indexmanipulation, auch eine sogenannte „Deckelung“ des Index kategorisch ab. Die KPL teilt die Auffassung der CGFP, dass der Index-Mechanismus, der die automatische Anpassung der Löhne an die Inflation garantiert, sofort wieder eingeführt werden muss.

b) Die KPL lehnt eine über die Gebrauchsgewohnheiten hinausgehende Umgestaltung des Index-Warenkorbs ab, da dies einer Aushöhlung des Indexsystems gleichkommen würde.

c) Die KPL befürwortet einen Dialog zwischen den Gewerkschaften, der Regierung und dem Kapital, ist aber der Ansicht, dass eine weitere Manipulation oder die Abschaffung des Index sowie Verschlechterungen im Renten- und Sozialwesen nur abgewendet werden können, wenn die Gewerkschaften die Schaffenden massiv gegen die vom Kapital und der Regierung geplanten sozialen Verschlechterungen mobilisieren. „Kompromisse“, wie sie in der Vergangenheit in der Tripartite eingegangen wurden, oft unter dem Deckmantel der „nationalen Solidarität“, endeten immer mit einer einseitigen Belastung der schaffenden Menschen.

d-1) Die KPL unterstützt die Forderung der CGFP hinsichtlich der Einführung einer Zusatzpension im öffentlichen Dienst nach den Bestimmungen des zweiten Pfeilers der Altersvorsorge. Prinzipiell ist die KPL der Ansicht, dass alle Renten im öffentlichen und im Privatsektor so hoch sein müssen, dass sie es den Schaffenden erlauben, ein würdiges Leben zu führen, ohne dass auf Zusatzpensionen zurückgegriffen werden muss.

d-2) Die KPL unterstützt die Forderung der CGFP hinsichtlich der Einführung von Zeitsparkonten im öffentlichen Dienst.



a) Nein

b) Nein

c) Die Piratenpartei will schnellstmöglichst (jedoch nach den Berufskammerwahlen) eine erneute Tripartite-Sitzung einberufen.

d-1) Da wir die Einführung eines wahren „statut unique“ befürworten, würden öffentlich Bedienstete automatisch auch in den Genuss einer Zusatzpension kommen.

d-2) Würden wir im Rahmen der Flexibilisierung der Arbeitszeit sofort einführen wollen.

Frage 4: Steuerpolitik

a) In der Vergangenheit hat sich die Steuerlast in Luxemburg massiv zu Lasten der Privathaushalte (sie zahlen zwei Drittel der direkten Steuern) und zu Gunsten der Unternehmen (nur ein Drittel) verschoben. Was wird Ihre Partei dazu beitragen, mittelfristig hier erneut Steuergerechtigkeit herbeizuführen?

b) Ist Ihre Partei bereit, eine Reform hin zu einer progressiven und gerechten Steuerpolitik in Angriff zu nehmen, welche vornehmlich Lohnempfänger mit mittleren Einkommen entlasten könnte?

c) Drängt sich Ihrer Ansicht nach kurz- bis mittelfristig eine lineare oder eine anders gelagerte Anhebung der Mehrwertsteuer in Luxemburg auf, obwohl eine solche Maßnahme unserer Meinung nach sozial ungerecht ist und die Kaufkraft allgemein negativ beeinflusst?

Wir wollen im Rahmen der Haushaltsmöglichkeiten den Steuersatz und seine Progression so glätten, dass die sogenannte Mittelschicht entlastet werden kann. Wir wollen die optionale Individualbesteuerung einführen.

Wir werden die Vermögenssteuer für Privatpersonen nicht wieder einführen. Die Vermögenssteuer der Betriebe bleibt aber bestehen.

Wir werden nicht umhin kommen, die Mehrwertsteuer anzupassen. Damit

wird der Ausfall der durch den elektronischen Handel erzielten Steuereinnahmen teilweise kompensiert. Wir werden dafür sorgen, dass Luxemburg weiterhin den niedrigsten TVA-Regelsatz in Europa behält. Der Mindeststeuersatz auf Grundnahrungsmittel wird nicht erhöht. Er bleibt bei 3 Prozent. Den TVA-Steuer ausfall im Bereich des elektronischen Handels kann man aber nicht nur durch Steuererhöhungen ausgleichen. Zusätzliches Sparen bleibt notwendig.



Wir wollen nach den großen Steuerreformen der vergangenen zwanzig Jahre erneut eine globale Steuerreform ins Auge fassen. Sie war angesichts der Unwägbarkeiten und Risiken der Wirtschafts- und Finanzkrise in der zurückliegenden Legislaturperiode nicht möglich.

Wir können eine substantielle Absenkung der Steuerlast nicht versprechen. Aber wir streben eine ausgewogene Umstrukturierung der

Steuerlandschaft an. Die Betriebsbesteuerung muss auch weiterhin zur Erhaltung der Wettbewerbsfähigkeit des Arbeits- und Investitionsstandortes Luxemburg beitragen.

Wir sehen auch in Sachen Personenbesteuerung Reformbedarf. Wir werden die Listen der bestehenden Steuerkredite dort ausdehnen, wo sie zu mehr Steuergerechtigkeit führen können.



a) & b) & c) Die DP möchte die steuerpolitische Flickschusterei der vergangenen Jahre beenden. Mit dem einzigen Ziel, zusätzliche Einnahmen für den Staatshaushalt zu gewinnen, wurden von der Regierung die Steuern erhöht, ohne Rücksicht auf die daraus resultierenden negativen Effekte und den damit einhergehenden Vertrauensverlust in den Standort Luxemburg: Eine Krisensteuer wurde eingeführt und gleich wieder abgeschafft, die Solidaritätssteuer und der Spitzensteuersatz erhöht, eine Mindeststeuer für Unternehmen eingeführt.

Die Steuerpolitik der DP will das verlorene Vertrauen wieder herstellen. Dafür brauchen wir durchdachte Entscheidungen und eine klare Zukunftsstrategie. Wer die DP wählt, tritt für eine allgemeine Steuerreform ein, mit dem Ziel, neue Wirtschaftsimpulse entstehen zu lassen, Arbeitsplätze zu sichern bzw. zu schaffen und eine angemessene Antwort auf die modernen familienpolitischen, sozialen und ökologischen Herausforderungen zu geben.

Das gesamte Steuergesetz Luxemburgs (Lohn-, Betriebs-, Verbrauchs-, Vermögensbesteuerung usw.) muss nicht zuletzt aufgrund europäischer Har-

monisierungsbestrebungen, aber vor allem aufgrund neuer politischer Herausforderungen und Zielsetzungen (Impulse für Wirtschaft, neue Formen des Zusammenlebens, Familie/Kinder, Mobilität, Umwelt,...) grundsätzlich überarbeitet, modernisiert und in Einklang mit bestehenden Transfer- und Subventionssystemen gebracht werden.

Wer die DP wählt, will eine grundsätzliche Reform der Lohnsteuer. Die DP steht nach wie vor zum Prinzip einer progressiven Steuertabelle. Wir wollen die Steuertabelle und die Abschreibungsmöglichkeiten mit Rücksicht auf den finanziellen und wirtschaftlichen Kontext überarbeiten, vereinfachen und entbürokratisieren und mehr Gerechtigkeit schaffen. Dabei werden wir auch vor dem Hintergrund der Finanzplatzstrategie hinterfragen, ab welchem Punkt höhere Tarife im Spitzensteuerbereich gesamtstaatlich gesehen zu fallenden Einnahmen führen.

Die Regierung hat bis heute nicht klarmachen können, wie hoch der tatsächliche Finanzierungsbedarf in den öffentlichen Haushalten sein wird, da sie kein chiffriertes Konsolidierungsprogramm vorgelegt hat. Es wurde sich darauf beschränkt, auf künftige Gefahren wie den Wegfall der Mehrwertsteuereinnahmen aus dem elektronischen Handel hinzuweisen, ohne jedoch ein Ausstiegsszenario zu präsentieren. Der von der DP geforderte Kassensturz, gepaart mit den von uns geforderten Konsolidierungsanstrengungen, wird zeigen, wie hoch der Finanzierungsbedarf tatsächlich ist.

Im Vorfeld einer Mehrwertsteuerrückblick wollen wir zudem klären, welchen Einfluss dieser Schritt auf die Konkurrenzsituation des Luxemburger Handels mit der Großregion hätte, welche Gegeneffekte (Index, steigende Kosten im Gesundheits- und Pflegewesen, ...) zu erwarten wären und inwiefern diesen Effekten entgegen zu steuern ist.

In jedem Fall streben wir vor dem Hintergrund dieser Analysen nach Möglichkeit eine selektive Reform an, die sich nicht nur auf die Mehrwertsteuersätze beschränkt, sondern auch die Klassifizierung der Produkte überarbeitet bzw. die Produkte in Zusammenhang mit anderen Steuern wie z.B. die Akzisenabgabe (cf. Zigaretten, Alkohol) anpasst.



a), b) & c) déi gréng werden eine generelle ökologische Steuerreform umsetzen, welche die Gesamtsteuerlast nicht erhöht und sozial abgesichert ist. Das erreichen wir über eine Verschiebung der Steuerlast: Arbeit soll weniger und Ressourcenverbrauch stärker belastet werden. In Zusammenarbeit mit einem Wirtschaftsinstitut und nach Möglichkeit mit der Universität Luxemburg soll binnen der ersten zwei Jahre der kommenden Legislaturperiode ein ökologisches Steuerkonzept entworfen und anschließend in die Praxis umgesetzt werden;

déi gréng sind gegen eine TVA-Erhöhung, so wie sie die Regierung vorschlägt. Die Priorität liegt für uns auf einer großen Reform von Einkommens-, Körperschafts- und Kapitalbesteuerung, ein Screening der Staatsfinanzen.

Vorschläge von déi gréng zur Finanz- und Steuerpolitik

déi gréng werden:

- solide Rahmenbedingung für die Haushaltsanierung festlegen, indem zwei Drittel der notwendigen Konsolidierung über soziale Umverteilung und ein progressiveres Steuersystem und ein Drittel über sinnvolle Sparmaßnahmen erreicht werden;
- zahlreiche Haushaltsposten so umschichten, dass zukunftsrelevanten Investitionen und Ausgaben der Vorrang gegeben wird. Wir werden unseren Wohlstand erhalten durch öffentliche Investitionen in den Bereichen Wohnen, Umwelt, Forschung, Bildung und sanfte Mobilität;
- ein Screening aller staatlichen Ausgaben durchführen und staatliche Subventionen auf ihre Zielgerichtetheit und Qualität hin überprüfen;
- die Luxemburger Steuergesetzgebung modernisieren und gleichzeitig legale Steuerschlupflöcher reduzieren. So werden ehrliche Steuerzahlerinnen und Steuerzahler entlastet und die Staatseinnahmen trotzdem gestärkt;
- einen Schwerpunkt auf die Stärkung der Steuerbehörden setzen. Sie müssen personell aufgestockt werden, damit sie Steuerprüfungen flächendeckend, effizient und schnell durchführen können. Zu zahlreich sind die Bereiche der Personen- und Betriebsbesteuerung, in denen Einkommen nicht ordnungsgemäß angegeben werden, ohne dass das Steueramt eingreift. Dies untergräbt die Steuergerechtigkeit und die Steuermoral der Bürgerinnen und Bürger;
- die Abschreibungsmöglichkeiten nach sozial- und umweltpolitischen Kriterien überprüfen. Beispielsweise die Kilometerpauschale, die bisher eine Mobilität fördert, die vom Erdöl abhängig ist und damit die falschen Akzente setzt. Vorstellbar wäre, dass sie für Menschen erhalten bleibt, die Nachtschichten arbeiten oder deren Arbeitszeiten außerhalb der regulären Bürozeiten liegen. Das Einsparpotential beläuft sich auf über 25 Millionen Euro;
- eine allgemeine Individualbesteuerung einführen, die alle Menschen gleich behandelt, ob verheiratet oder nicht;
- die Reform der Grundsteuer vorantreiben. Auf diese Weise können wir die Gemeindefinanzen stärken und eine effizientere Flächennutzung fördern;
- Veräußerungsgewinne bei Immobilienverkäufen konsequent besteuern, beispielsweise, indem wir die Möglichkeit abschaffen, die Gewinnbesteuerung auf Immobilienverkäufen über Immobilienfonds zu vermeiden. Darüber hinaus die Besteuerung des Wertzuwachses bei der Umwandlung von Agrar- in Bauland reformieren und verstärken;
- eine generelle ökologische Steuerreform umsetzen, welche die Gesamtsteuerlast nicht erhöht und sozial abgesichert ist. Das erreichen wir über eine Verschiebung der Steuerlast: Arbeit soll weniger und Ressourcenverbrauch stärker belastet werden. In Zusammenarbeit mit einem Wirtschaftsinstitut und nach Möglichkeit mit der Universität Luxemburg soll binnen der ersten zwei Jahre der kommenden Legislaturperiode ein ökologisches Steuerkonzept entworfen und anschließend in die Praxis umgesetzt werden;
- die Tendenz zur weiteren Absenkung der Körperschaftssteuer stoppen. Wir werden uns jedoch gezielten steuerlichen Anreizen nicht widersetzen, wenn diese helfen, einzelne bestehende Wirtschaftszweige zu stützen oder neue, innovative Sektoren zu schaffen. Auch unsere Wirtschaftsförderinstrumente müssen einer Nachhaltigkeitsprüfung unterzogen werden;
- sich national und international dafür einsetzen, die Steuervermeidungspraxis großer, international agierender Betriebe zu unterbinden. Sie geht zu Lasten der Steuerzahler, der Funktionsfähigkeit des Staates und der regional aufgestellten kleinen und mittelgroßen Unternehmen, die hierdurch einem unlauteren Wettbewerb ausgesetzt sind;
- arbeitsintensive Betriebe möglichst steuerlich begünstigen, da auf diese Weise dem Erhalt und der Schaffung von Arbeitsplätzen am Besten gedient ist.



a) Die LSAP wird in der kommenden Legislaturperiode eine große Steuerreform durchführen, die auf eine gerechtere Verteilung der Lasten abzielt, indem sie für mehr Ausgewogenheit bei der Besteuerung von Arbeit und Kapital, Betrieben und Privatpersonen sowie direkten und indirekten Steuern sorgen wird. Der Faktor Arbeit muss dabei entlastet werden, während Unternehmensgewinne und Kapitalerträge unter Berücksichtigung erhöhter Freibeträge für Kleinsparer wieder verstärkt zur Finanzierung des Gemeinwohls beitragen müssen. Dazu gehören u.a. eine wirksame Minimalbesteuerung aller gewinnbringenden Unternehmen und die Schließung von Steuerschlupflöchern.

b) Ja. Im Rahmen einer umfassenden Steuerreform werden die Sozialisten u.a. dafür sorgen,

- dass „breite“ Schultern mehr zur Finanzierung eines solidarischen Gemeinwesens beitragen als „schmale“ Schultern: In diesem Sinne werden die Sozialisten eine Reichensteuer einführen: Die LSAP hält die Einführung eines Steuersatzes von 45% ab einem Steuereinkommen von 200.000 Euro in der Steuerklasse 1 bzw. 400.000 Euro in der Steuerklasse 2 für zumutbar, parallel dazu wird der sogenannte Mittelstandsbuckel im Sinne von mehr Steuergerechtigkeit abgeschwächt: Der Spitzensteuersatz wird somit erst bei einem wesentlich höheren Jahreseinkommen als bislang einsetzen;
- dass die einzelnen Steuerklassen, insbesondere die Steuerklasse 1A, und Abschläge im Sinne der Chancengerechtigkeit auf ihre Zweckmäßigkeit hin überprüft werden und

die Steuergesetzgebung vereinfacht bzw. transparenter ausgerichtet wird;

- dass die Vermögenssteuer wieder eingeführt wird unter Berücksichtigung eines angemessenen Freibetrags;
- dass die Solidaritätssteuer an die Entwicklung der Arbeitslosigkeit und die Ausgaben des Beschäftigungsfonds gekoppelt wird;
- dass die Anpassung der Steuertabelle an die Preisentwicklung im Rahmen der haushaltspolitischen Zumutbarkeit erfolgt;
- dass der Kampf gegen Steuerhinterziehung und Steuerflucht auf nationaler und internationaler Ebene fortgesetzt und intensiviert wird: Bei begründetem Verdacht auf Steuerhinterziehung oder Steuerbetrug sollte das Bankgeheimnis auch gegenüber Luxemburger Steuerbehörden aufgehoben und Geldstrafen von der Steuerverwaltung verhängt werden können;
- dass Steuerschulden konsequent eingetrieben werden.

c) Die LSAP ist der Ansicht, dass den Wählerinnen und Wählern in der Frage einer eventuellen Erhöhung der Mehrwertsteuer reiner Wein eingeschenkt werden sollte: Eine solche wird im Rahmen einer globalen Steuerreform kein Tabu sein, wenn es darum geht, wegfallende Steuereinnahmen im Bereich des elektronischen Handels teilweise wettzumachen: Die LSAP wird in diesem Zusammenhang darauf achten, dass der TVA-Minimalsatz für Güter des täglichen Bedarfs nicht angetastet wird und Luxemburg den niedrigsten TVA-Regelsatz in der EU behält.



a), b), & c) Die ADR spricht sich allgemein gegen Steuererhöhungen aus. Der Staatshaushalt muss in erster Linie über die Reduzierung auf der Ausgabenseite ins Gleichgewicht gebracht werden, ehe Steuererhöhungen in Erwägung gezogen werden. Eine Reform um den „Mittelstandsbuckel“ zu entschärfen und dabei allgemein die Steuern auf Privathaushalte zu reduzieren, ist bei der aktuellen Finanzlage kaum möglich, ohne die Verschuldung noch weiter in die Höhe zu treiben. In einem kleinen Land mit offenen Grenzen ist es unsinnig, die Unternehmenssteuern massiv zu erhöhen, wegen der Gefahr der Delokalisierung.

Die ADR spricht sich kategorisch gegen eine Erhöhung der Mehrwertsteuer aus, diese schafft neue soziale Ungerechtigkeiten und schmälert die Kaufkraft. Sollte eine Erhöhung der Mehrwertsteuer integral auf die Kunden umgewälzt werden, schadet dies auch dem Standort Luxemburg, und somit könnte am Schluss eine höhere Steuer weniger Einkommen für den Staat bedeuten.



a) Das steuerliche Ungleichgewicht zwischen Privathaushalten und Unternehmen muss korrigiert werden. 80% der Unternehmen, die ihren Sitz in Luxemburg haben, darunter multinationale Unternehmen, bezahlen keine Gewinnsteuer. Wir werden mehr Steuern von sehr rentablen Unternehmen einfordern, insbesondere durch Bekämpfung der Steuerhinterziehung und der finanziellen und steuerlichen Konstrukte.

b) déi Lénk wollen den übermäßigen Steuerdruck auf Haushalte mit mittleren Einkommen vermindern und Haushalte mit hohen Einkommen sowie Kapitalerträge mehr besteuern. Dazu müssen die Progressivität im mittleren Bereich der Steuertabelle reduziert, die Anzahl der Steuerstufen am Ende der Tabelle verlängert und die maximalen Steuersätze erhöht werden sowie die Gesamtheit der Dividenden und anderer Kapitalerträge besteuert werden.

c) Indirekte Steuern sind ungerechte Steuern, da sie Haushalte mit geringen Einkommen stärker belasten. Deshalb muss das Gewicht der indirekten Steuern begrenzt werden. Wir widersetzen uns vehement der Erhöhung der Mehrwertsteuer, die für 2015 angekündigt wurde.



a) & b) Unsere Idee des Grundeinkommens wird langfristig über das Einführen einer negativen Einkommenssteuer finanziert werden. Dies bedeutet, dass das Steuersystem für jeden einfacher wird. Gleichzeitig würde dieses System ein Grundeinkommen ermöglichen.

Mit diesem Steuersystem bezahlt eine Person erst ab einer festgelegten Höhe Steuern – wer weniger verdient wie die Höhe des Freibetrags bekommt Steuern ausbezahlt, wer mehr verdient, bezahlt auf seinem Einkommen den Steuersatz.

c) Nein



a) Im Sinne der Steuergerechtigkeit schlägt die KPL folgende Maßnahmen vor:

Für die Privathaushalte: Jährliche Anpassung der Steuertabellen an die Inflation, keine Steuerabzüge auf Löhne, die nicht höher sind als der Mindestlohn, die Abschaffung der steuerlichen Diskriminierung der Alleinerziehenden, Geschiedenen, Junggesellen und Verwitweten, die Abschaffung der „Dop-

pelbesteuerung“ und die Einführung der individuellen Besteuerung berufstätiger Ehepaare und anderer Lebensgemeinschaften, die Abschaffung des sogenannten „Mittelstandsbuckels“ und die Wiedereinführung des Spitzensteuersatzes von 56 Prozent für Beserverdienende, die Wiedereinführung der Vermögenssteuer für Reiche.

Für das Kapital: Die Erhöhung der Körperschaftssteuer auf Profite des Groß- und Finanzkapitals, die Einführung einer Steuer auf alle Börsentransaktionen, die Besteuerung der Dividenden, die ernsthafte Bekämpfung der Steuerhinterziehung und des Steuerbetrugs, die Anhebung des Steuersatzes für die in den „Fonds d'Investissements Spécialisés“ gelagerten Vermögen von 0,01 auf 2,5 Prozent. Mehreinnahme im Jahr für den Staat: 6 Milliarden Euro.

Haushaltsloch und Sozialabbau wären kein Thema mehr.

b) Die KPL befürwortet eine Steuerreform, welche Lohnabhängige mit kleinen und mittleren Einkommen entlasten würde.

c) Die KPL lehnt eine Erhöhung der Mehrwertsteuer kategorisch ab, da eine Erhöhung der indirekten Steuern die Kaufkraft der Schaffenden zusätzlich einschränken würde.

Frage 5:

Wirtschaft und Arbeitsmarkt

- Wie steht Ihre Partei zu dem langjährigen Vorschlag der Staatsbeamtenkammer, die Beteiligungen des Luxemburger Staates (z.B. ArcelorMittal, SES, Luxair usw.) in einem sogenannten „souveränen Fonds“ zusammenzulegen, um die Eingriffe der öffentlichen Hand in die Unternehmenswelt bei Bedarf zu erleichtern? Ist Ihre Partei des Weiteren bereit, sowohl den Luxemburger Bürgern als auch institutionellen Anlegern des In- und Auslandes ein eigenes Beteiligungsinstrument zur Verfügung zu stellen, um in die Luxemburger Wirtschaft investieren zu können?
- Wie sieht Ihre Partei die Zukunft des Luxemburger Finanz- und Bankplatzes angesichts der Ankündigung zum 1. Januar 2015, den automatischen Informationsaustausch über die Zinseinkünfte von EU-Ausländern anzuwenden, und in Anbetracht der ständigen Diskussion um eine zusätzliche Erweiterung der Zinsbesteuerungsrichtlinie auf andere Finanzprodukte?
- Die Bekämpfung der Erwerbslosigkeit ist oberstes Ziel der Beschäftigungspolitik, zu der auch die Reorganisation der Arbeitsmarktverwaltung (ADEM) gehört. Teilen Sie die Auffassung der CGFP, dass diese Behörde nicht in eine öffentliche Einrichtung umzuwandeln ist?
- Durch die Niedrigzinspolitik der Europäischen Zentralbank und bei anhaltend hoher Inflation verlieren die Sparvermögen der Bürger in Europa auch dieses Jahr wieder Milliarden an Wert. Was gedenkt Ihre Partei gegen diese reale Vermögensentwertung zu tun, gegen die sich die Betroffenen mit eigenen Mitteln nicht wehren können?



Die Idee eines „souveränen Fonds“ ist interessant. Luxemburg würde sich für die Einführung eines solchen Fonds gut eignen. Ein solcher Fonds könnte durchaus als Instrument dienen, um die Staatsfinanzen zu stabilisieren und zu refinanzieren.

Wir denken, dass unser Finanz- und Bankenplatz weiterhin eine Zukunft hat, allerdings unter der Voraussetzung, dass sich der Standort diversifiziert und weiterentwickelt. Wir haben die Chance genutzt, um den Standort neu aufzustellen und können uns auf Kompetenz und Innovation verlassen. Wir wollen weiterhin die Rahmenbedingungen so gestalten, dass Luxemburg eine führende Rolle als internationaler Finanzplatz u.a. für die Vermögensverwaltung und das Fondsgeschäft behält.

Wir werden Förderung und Marketing des Finanzplatzes unter staatlicher Regie weiter ausbauen. Wir werden Luxemburg in verstärktem Maße Zugang zu den Wachstumszentren außerhalb Europas verschaffen. Vor allem in Asien. Aber nicht nur dort.

Wir werden dem Finanzplatz zu einem einwandfreien Ruf verhelfen. Internationale Regeln werden angewendet, neue Standards in EU und OECD aktiv mitgestaltet. Gleichzeitig setzen wir uns dafür ein, dass die gleichen Regeln für alle großen Finanzplätze der Welt gelten.

Wir wollen das Arbeitsamt neu organisieren und unter tripartitärer Führung wollen wir eine Anstalt öffentlichen Rechts schaffen.

Die Niedrigzinspolitik der Europäischen Zentralbank soll die Wirtschaftserholung unterstützen, vor allem in krisenzerrütteten EU-Mitgliedstaaten. Die Zentralbank hat übrigens angekündigt, den Zinssatz zu erhöhen, sobald die Wirtschaftslage sich wesentlich verbessert haben soll.



a) Nicht zuletzt die Cargolux-Affäre bzw. der Einstieg des Emirats Katar in das Kapital der Cargolux hat gezeigt, dass die strategischen öffentlichen Beteiligungen am Kapital von privaten Unternehmen mit erheblichen Schwierigkeiten verbunden sind, und zwar besonders dann, wenn zukunftsweisende unternehmerische Entscheidungen gefragt sind. Wir wollen deshalb eine Gesamtstrategie ausarbeiten, um die Anteile professioneller, aktiver und zielorientierter zu nutzen, Unternehmen privaten Rechts industriegerecht zu unterstützen und damit Arbeitsplätze zu sichern und zu schaffen. Es geht uns darum, das Vertrauen ausländischer Investoren zu stärken. Wir werden deshalb alle staatlichen Anteile in einer Gesellschaft bündeln, die von Experten im Rahmen eines klaren öffentlichen Auftrags mit klaren und überprüfbaren Kriterien geführt wird.

b) Der automatische Informationsaustausch und die damit einhergehende Aufgabe des Bankgeheimnisses waren seit den Beschlüssen von Feira bekannt. Die Gespräche über die US-Steuerlegislation FATCA, die es den US-Behörden erlauben soll, von Finanzinstituten, die nicht in den Vereinigten Staaten ansässig sind, Informationen über US-Kunden zu erhalten, dauern auch nicht erst seit gestern an. Heute so zu tun, als sei dies nicht vorhersehbar gewesen, ist falsch.

Deshalb teilt die DP nicht die Meinung, dass die definitive Aufgabe des Bankgeheimnisses eine Art Befreiungsschlag der Regierung war. Und die Ankündigung, unser Land zum Spitzenreiter des automatischen Informationsaustauschs zu machen, ist nicht glaubwürdig, zumal eine kohärente Zukunftsstrategie fehlt. Hier wurden vorschnell wichtige Trumpfkarten unseres Finanzplatzes aufgegeben, ohne gleichwertigen Ersatz oder andere Punkte am internationalen Verhandlungstisch zugunsten des Luxemburger Finanzplatzes als Gegenleistung verhandelt zu haben.

Der Finanzplatz steht als Ganzes vor einer bedeutenden Restrukturierung. Wir wollen diese Restrukturierung aktiv begleiten und die notwendigen Rahmenbedingungen hierfür schaffen. Wir sehen den Finanzplatz als einzigartige Chance für unser Land an und wollen zu seinem Erfolg und damit zu sicheren Arbeitsplätzen und Steuereinnahmen beitragen.

Die DP setzt sich zum Ziel, unser Finanzzentrum so aufzustellen, dass es auch in Zukunft eine starke Stütze unserer Wirtschaft darstellt. Die DP wird mit allen Akteuren des Finanzplatzes eine Strategie ausarbeiten, die auf unseren traditionellen Stärken wie den kurzen Verwaltungswegen, der Neuausrichtung verschiedener Bereiche und dem resoluten Vorantreiben aktuell starker und zukunftssträchtiger Sektoren fußt.

c) Wir wollen das Arbeitsamt zu einer Arbeitsvermittlungs- und Weiterbildungsagentur weiterentwickeln, deren Hauptakzent auf der Weiterbildung und Aktivierung des einzelnen Arbeitssuchenden liegt. Damit das Arbeitsamt diese Erwartungen auch erfüllen kann, muss es finanziell und administrativ möglichst unabhängig sein und eng mit bestehenden Weiterbildungsinstituten und den Betrieben zusammen arbeiten. Um eine stetige Verbesserung der Dienste der Arbeitsagentur als auch einen effizienteren Einsatz ihrer finanziellen Mittel zu ermöglichen, will die DP, dass sowohl die Arbeitsweise der ADEM als auch die unterschiedlichen Maßnahmen regelmäßig auf ihre Effizienz hin analysiert und gegebenenfalls angepasst werden.

d) Es ist den Banken überlassen, ob sie ihre Kunden in den Genuss der Zinssenkungen der Europäischen Zentralbank kommen lassen oder nicht. Genauso ist den Kunden auch überlassen, sich für die eine oder andere Bank entsprechend ihrer Zinspolitik zu entscheiden oder nicht. Es ist nicht Aufgabe des Staates, sich in Finanzmarktangelegenheiten einzumischen.



a) déi gréng sind für einen „souveränen Fonds“.

b) Ein stabiler und angepasster Finanzsektor ist notwendig, damit wir den Umbau der Wirtschaft hin zu mehr Nachhaltigkeit schaffen. In Luxemburg ist der Finanzplatz ein wichtiger Akteur der nationalen Ökonomie, schafft Arbeitsplätze und generiert Steuereinnahmen. Der Finanzplatz ist ebenfalls ein wichtiger Baustein für die Zukunft der EU, wenn er sich die Finanzierung des Umbaus auf die Fahnen schreibt, hin zu einer grünen europäischen Ökonomie. Um dieser Herausforderung jedoch gerecht zu werden, müssen wir die Steuernischenpolitik aufgeben und verstärkt auf Steuertransparenz und den automatischen Informationsaustausch innerhalb der EU setzen.

Vorschläge von déi gréng zum Luxemburger Finanz- und Bankenplatz déi gréng werden:

- die Schaffung einer EU-Bankenaufsicht als übergeordnete Kontrollstelle für das europäische Finanzsystem fördern;
- den Finanzplatz Luxemburg weiter diversifizieren und dabei die Ansiedlung von Investmentfonds fördern, die sozial engagierte und umweltverträglich Projekte finanzieren;
- in Zusammenarbeit mit der „Europäischen Investmentbank“ (EIB) Risikokapital-

fonds zur Finanzierung von grünen Zukunftsprojekten etablieren;

- Risiko und Verantwortlichkeit im Finanzsektor durch intelligente Regulierung besser verknüpfen;
- dazu beitragen, die Spekulation auf Rohstoffen einzudämmen.

Die Finanztransaktionssteuer

Seit Ausbruch der Finanz- und Bankenkrise im Jahre 2008 hat die Stabilisierung der Finanzmärkte gewaltige Kosten verursacht, an denen sich der Sektor bisher kaum beteiligt hat. Eine europäische Finanztransaktionssteuer auf alle Finanzmarktgeschäfte in der gesamten EU könnte einen Teil der Kosten begleichen und fördert gleichzeitig die Stabilität der Finanzökonomie. Die Finanztransaktionssteuer wird die Finanzgeschäfte nur unwesentlich verteuern, aber einen wichtigen Beitrag zur Stabilisierung der Märkte liefern.

déi gréng werden:

- sich für die Einführung einer Finanztransaktionssteuer einsetzen, die die Finanzgeschäfte europaweit stabilisiert und die Finanzökonomie an der Finanzierung der öffentlichen Haushalte beteiligt.

c) Wir teilen die Auffassung der CGFP, dass die Bekämpfung der Erwerbslosigkeit oberstes Ziel der Beschäftigungspolitik sein muss. Wir haben diesbezüglich eine

Reihe von konkreten Vorschlägen entwickelt.

Vorschläge von déi gréng zur Arbeitsmarktverwaltung

déi gréng werden:

- die Reformbemühungen in der ADEM vorantreiben, um eine bessere Arbeitsvermittlung zu erreichen. Dazu müssen zahlreiche konkrete Maßnahmen umgesetzt werden: Die Zahl der Berufsberaterinnen und Berufsberater muss erhöht werden, eine personalisierte Beratung für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, die wieder in den Arbeitsmarkt eingegliedert werden, gewährleistet oder die Mobilitätsbereitschaft als Kriterium bei der Arbeitsvermittlung aufgewertet werden;
- die Wirksamkeit von Beschäftigungsmaßnahmen statistisch und qualitativ bewerten und dafür bessere Analyse- und Auswertungsinstrumente schaffen;
- das Gesetzesprojekt über Lebensarbeitszeitkonten vorantreiben, das den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern ermöglichen soll, ihre Arbeitszeit an die jeweiligen Lebens- und Familienumstände anzupassen, ohne dabei Rentenansprüche einzubüßen;
- Beschäftigungsprogramme für Langzeitarbeitslose mit öffentlichen Partnern ausarbeiten;
- die ADEM mit den Arbeitsämtern der Großregion vernetzen;
- das Modell der Beschäftigungsinitiativen grundlegend überarbeiten. Die Beschäftigungsinitiativen sollen Arbeitssuchende aufnehmen und in eine weiterbildende Tätigkeit integrieren;

der Solidarökonomie auch in der Arbeitsvermittlung eine wichtigere Rolle zu schreiben.

d) Die Niedrigzinspolitik der Europäischen Zentralbank ist eine politische Entscheidung, die a) den Staaten helfen soll, ihre schwere Schuldenlast leichter zu schultern, und b) die Wirtschaft wieder ankurbeln soll. Beim ersten Punkt hat diese Politik Erfolg, beim zweiten nicht.

Die reale Vermögensentwertung ist ein Problem, auf das es angesichts der wirtschaftlichen Situation in der EU keine kurzfristigen Antworten gibt. Die Zinsen werden erst wieder steigen, wenn die Rezession überwunden ist.

Wichtig ist, dass die wirtschaftliche Entwicklung in der EU durch sinnvolle und nachhaltige Investitionen angekurbelt wird. Wir können sinnvolle Investitionen mit gesicherten Zinssätzen verbinden, indem wir nachhaltige Sparbücher auflagen oder einen „Grand Emprunt“ für Zukunftsinvestitionen anstoßen, der sich an die Bürgerinnen und Bürger Luxemburgs richtet.

Die Inflation ist derzeit niedriger, als sie es vor der Einführung des Euro war und wird voraussichtlich weiterhin bei zwei Prozent jährlich bleiben. Wir vertrauen auf die Europäische Zentralbank, einen weiteren Anstieg der Inflation zu verhindern.



a) Die LSAP befürwortet die Gründung eines Staatsfonds, der alle staatlichen Beteiligungen bündelt und strategisch verwaltet. Die LSAP steht einem Beteiligungsinstrument für private und institutionelle Investoren offen gegenüber, sofern dieses mit EU-Recht vereinbar ist. In diesem Zusammenhang sei auch darauf hingewiesen, dass die LSAP dafür eintritt, dass die Ausgabe von Staatsanleihen in Zukunft auch in Form von Volksanleihen erfolgt.

b) Mit einem Anteil von knapp 40 Prozent am BIP bleibt der Finanzplatz die tragende Säule der Luxemburger Wirtschaft und ein wichtiges Standortargument auch für die Ansiedlung anderer Wirtschaftszweige. Die LSAP wird dafür sorgen, dass sich der Finanzsektor weiterhin dynamisch entwickeln und neue Märkte auch außerhalb Europas erschließen kann. Luxemburg braucht aber auch einen sauberen Finanzplatz, dessen Erfolg nicht auf Steuernischen oder einer schwachen Regulierung beruht, sondern auf der Qualität, Vielfalt und Internationalität seiner Produkte und Dienstleistungen. Ein internationaler Finanzplatz lebt auch von seinem guten Ruf und dem Vertrauen seiner Kunden; deshalb wird eine professionelle Innen- und Außendarstellung zum wichtigen Standortfaktor. Die LSAP bedauert in diesem Zusammenhang die unprofessionelle Art und Weise, mit der Finanzminister Frieden die Entscheidung, ab dem 1. Januar 2015 zum automatischen Informationsaustausch überzugehen, in die Öffentlichkeit getragen hat. Die LSAP wird Luxemburg aus der Defensive bringen und sich proaktiv in die Gestaltung der europäischen und internationalen Regulierung einbringen.

c) Die LSAP sieht derzeit keine Notwendigkeit, die ADEM in eine öffentliche Einrichtung umzuwandeln.

d) Die LSAP respektiert die Unabhängigkeit der EZB und deren Zinspolitik. Durch niedrige Zinsen sollen der Konsum angekurbelt und Investitionen induziert werden. Höhere Guthaben- und Kreditzinsen würden momentan die zaghafte Erholung der Konjunktur beeinträchtigen und darüber hinaus die öffentlichen Haushalte insbesondere der hoch verschuldeten Euro-Staaten und Gebietskörperschaften weiter belasten. Die LSAP geht davon aus, dass die EZB ihre Zinspolitik ändert, sobald die Konjunktur in Europa wieder Tritt gefasst hat.



a), b), c) & d) Eingriffe der öffentlichen Hand in die Unternehmenswelt müssen Ausnahmen bleiben. Zur Erinnerung: Die großen Opfer der Luxemburger Steuerzahler für die ARBED haben als Endresultat einen Posten für einen Ex-Minister im Verwaltungsrat, das Verwaltungsgebäude in der Avenue de la Liberté steht aber leer. Auch das rezente Beispiel Cargolux beweist, wie viel Scherben entstehen werden, wenn die Politik sich in unternehmerische Entscheidungen einmischt.

Für die ADR ist aber auch klar, dass der Staat sich nicht von seinem Tafelsilber trennen soll, also die historisch gewachsenen finanziellen Beteiligungen an Gesellschaften wie SES, Arcelor Mittal, Luxair beibehalten soll, dies über die SNCI und die BCEE. Weiter muss der Staat Hauptaktionär in Gesellschaften bleiben, die über Infrastrukturen von nationalem Interesse verfügen, wie CFL, Lux-Airport, Creos oder Enovos. In der aktuellen Lage besteht die ADR auch darauf, dass die Beteiligungen an der BGL BNP Paribas in staatlichem Besitz bleiben.

Die ADR bedauert zutiefst die Kettenreaktionen, ausgelöst auf dem EU-Gipfel in Feira (Frühjahr 2000), die das Bankgeheimnis ausgehöhlt und zum automatischen Informationsaustausch geführt haben. Hier hatten eindeutig persönliche Ambitionen innerhalb der EU Vorrang auf die nationalen Interessen. Die ADR besteht darauf, dass Luxemburg, wie alle andern Länder auch, seine vitalen Interessen innerhalb Europas stärker durchsetzt. Die ADR hat aber Vertrauen in den Finanzplatz als Ganzes, da dieser breit aufgestellt ist und hohe Kompetenzen aufweist. Eine Diversifizierung der Wirtschaft ist aber umso nötiger und dringender, als die Gewinne am Finanzplatz kleiner werden und somit auch ihr Anteil an den Steuereinkünften.

Die ADR sieht das aktuelle Statut der ADEM nicht als das größte Problem. Die Verwaltung muss allerdings mit einer echten Unterstützung ihres Ministers rechnen können, z.B., um den realen Personalbedarf abzudecken. Die ADR wird eine echte Reform der ADEM durchsetzen, damit dieses Amt den gewachsenen Anforderungen nachkommen kann. Die Bedürfnisse der Arbeitslosen und Arbeitssuchenden haben dabei oberste Priorität.

Luxemburg hat, de facto, keinen Einfluss auf die Niedrigzinspolitik der Europäischen Zentralbank. Niedrige Zinsen haben viele Vorteile, z.B. für Bürger mit Hypothekendarlehen und Betriebe, die investieren. Die ADR möchte nicht das zarte Wirtschaftswachstum gefährden, um Vermögenden höhere Einkünfte zu bieten. Die Betroffenen können z.B. in Wohnungsbau investieren oder in Unternehmen, wobei dann die „Null-Risiko“-Mentalität aufgegeben werden muss.

déi Lénk

a) Wir befürworten in unserem Wahlprogramm einen öffentlichen Finanzierungspol zur Wirtschaftsentwicklung. U.a. die 12,9 Milliarden Euro des Reservefonds der Pensionskassen sollen in die lokale und großregionale Wirtschaft investiert werden, statt in spekulative Geschäfte und in die Finanzierung der (französischen) Atomindustrie. Kommunale Betriebe, Kooperativen, Betriebe der „économie solidaire“ und im Non-Profit-Bereich oder kleine und mittlere Privatbetriebe sollen vorrangig über diesen Weg gefördert werden, damit Arbeitsplätze langfristig abgesichert werden und nicht von multinationalen Profitinteressen abhängen. Wir befürworten aber auch einen Plan zur Diversifizierung und Vernetzung der Wirtschaft und der Industrie mit Investitionen in zukunftsweisende und nachhaltige Technologien, die in die Landesplanung und die nachhaltige Entwicklung eingebunden sind, anstatt ihr entgegenzuwirken. Ein zusätzliches Beteiligungsinstrument für in- und ausländische Anleger könnte dabei in Betracht gezogen werden, wenn es offen und transparent ist und nach gewissen Bedingungen ausgerichtet ist.

b) Luxemburg muss seine Abhängigkeit vom Finanzsektor reduzieren, und zwar durch eine Steuerpolitik, welche die Reindustrialisierung und Investitionen in Richtung ökologischen Übergang begünstigt. Außerdem soll Luxemburg sich den EU-Staaten anschließen, die eine europäische Finanztransaktionssteuer einführen wollen, um so die

spekulativen Aktivitäten zu bekämpfen und den finanziellen Sektor zu den Kosten der Krise beitragen zu lassen, die er verursacht hat.

c) déi Lénk sind der Meinung, dass die ADEM eine Verwaltung bleiben soll, die Arbeitslose bei der Suche nach einer angepassten Arbeitsstelle unterstützt und bei der Wiedereingliederung behilflich ist. Der ADEM darf nicht die Schuld für die Arbeitslosigkeit zugeschoben werden. Entlassungen müssen im Vorfeld verhindert, die Personalvertreterrechte dazu ausgebaut und in Betrieben, die Gewinne abwerfen, müssen Entlassungen unterbunden werden. Zur Schaffung von genügend Arbeitsplätzen müssen auch Staat und Gemeinden beitragen und die Arbeitszeit soll allgemein gekürzt werden.

d) Die Vermögensentwertung durch die Niedrigzinspolitik ist real. Dies ist das Resultat einer von den internationalen Multis gesteuerten, undemokratischen monetaristischen Politik von EU, EZB und FMI, die vor allem der billigen Geldvergabe an die Großbanken dient (und die mit das billig geliehene Geld teuer weiterverleihen!). Auch die Finanzpolitik muss in den Dienst der BürgerInnen – und nicht allein der Banken und Multis – gesetzt werden. Dazu gehört sowohl eine demokratisch und souverän bestimmte Kontrolle über die Finanzpolitik (statt der Diktate von EU, EZB und FMI), europäische Mindestnormen bei der Besteuerung der Unternehmen als auch eine strengere Regulierung der Finanzmärkte



a) Um dem Luxemburger Volk die Möglichkeit zu verschaffen, starken Einfluss auf das Wirtschaftsgeschehen zu nehmen und die nationale Wirtschaft zu entwickeln, tritt die KPL ein für die Schaffung eines staatlichen Beteiligungsfonds, in den die Nationale Kredit- und Investitionsgesellschaft SNCI, alle Beteiligungen des Staates an Betrieben und strategischen Unternehmen, welche die KPL verstaatlichen würde (u.a. die Stahlindustrie, die gesamte Energiewirtschaft, den Satellitenbereich, den Telekom-Bereich) eingebracht werden. Parallel dazu tritt die KPL ein für eine direkte Beteiligung der Belegschaften, ihrer gewählten Betriebsräte und ihrer Gewerkschaftsorganisationen an der Verwaltung der vergesellschafteten Betriebe und des staatlichen Beteiligungsfonds, so dass strategische Entscheidungen über Investitionen, Forschung, Produktion, Beschäftigung und Gewinnverteilung nicht gegen die Interessen der Schaffenden erfolgen können.

b) Die KPL vertritt immer die Meinung, der Luxemburger Staat sollte seine Wirtschaftspolitik darauf ausrichten, Investitionen und die Schaffung von

Arbeitsplätzen in der Realwirtschaft, im Industrie-, Handwerks- und Dienstleistungsbereich, zu fördern, statt den Finanz- und Bankplatz, der zum großen Teil auf der Spekulation und darauf beruht, dass die Vermögen von reichen Familien und Kapitalunternehmen, die von der Ausbeutung der Schaffenden herrühren, zu vorteilhaften Bedingungen in Luxemburg verwahrt und vermehrt werden. Die KPL war daher immer und ist bis heute für die Abschaffung des Bankgeheimnisses.

c) Die KPL ist der Ansicht, dass das Arbeitsamt (ADEM) sein bisheriges Statut als Behörde beibehalten und sein Personal massiv aufgestockt werden muss.

d) Die EU und ihre Institutionen, darunter die Europäische Zentralbank, sind so angelegt, dass sie im Interesse des Groß- und Finanzkapitals und im Widerspruch zu den Lebensinteressen der Schaffenden funktionieren. Opfer dieser Ausrichtung sind auch die Sparguthaben der Schaffenden. Die KPL tritt für die Auflösung der „Europäischen Währungsunion“, die Abschaffung des Euro und die Wiedereinführung nationaler Währungen ein.



a) Die Piratenpartei ist davon überzeugt, dass eine Subvention des Staates immer nur eine Starthilfe darstellen sollte, um etwas aufzubauen, das sich mit der Zeit wirtschaftlich trägt. Wir fordern deswegen, dass ein öffentliches Register aller Subventionen und aller direkten und indirekten Anteile des Staates angelegt wird. Diese

Register sollen regelmäßig auf ihre Notwendigkeit und ihren wirtschaftlichen Sinn überprüft und wenn nötig abgeschafft werden. Außerdem fordert die Piratenpartei, dass Anteile des Staates auf maximal 10 Jahre begrenzt werden sollen.
b), c) & d) Keine Position.

Frage 6: Wohnungspolitik

- a) Mit welchen konkreten Maßnahmen will Ihre Partei den Grundstein für eine für die CGFP zwingend notwendige zukunftsorientierte und soziale Wohnungspolitik legen, um somit endlich die angestrebte Verknappung und Verteuerung der Wohnfläche in Luxemburg zu bekämpfen?
b) Welche staatlichen Beihilfen will Ihre Partei gegebenenfalls abändern oder zusätzlich einführen, um für die Mittelschicht den Zugang zum Eigenheim zu annehmbaren Bedingungen zu fördern?



Wir wollen uns auch in Zukunft für eine massive Aufstockung des Wohnraumes einsetzen. Der soziale Mietwohnungsbau soll stärker entwickelt werden, mit dem Ziel, die Gesellschaft weiter zu stabilisieren und so der sozialen Ungleichheit entgegen zu wirken. Private Investitionen zur Aufstockung des Mietwohnungsparks und zur Sanierung, insbesondere der energetischen Sanierung des Mietwohnungsbestandes, sollen gefördert werden. Nicht zuletzt durch steuerpolitische Maßnahmen.

Wir wollen verstärkt in das Angebot von Wohnungen investieren. Die sektoriellen Pläne sollen schnellstmöglich in die Prozedur gehen. Der Wohnungsbauplan mit seinen „projets d'envergure“ sieht die Schaffung von rund 17.000 Wohnungen auf über 500 Hektar vor.

Durch die im neuen Wohngesetzentwurf vorgesehene „gestion locative sociale“ werden wir den Gemeinden bei Eigeninitiativen zur Mobilisierung von ungenutztem Wohnraum finanziell unter die Arme greifen.

Wir werden einen Mietzuschuss für Geringverdiener gemäß dem vorliegenden Gesetzentwurf einführen. Zudem wird das Mietrecht reformiert. Aufbauend auf den Daten des „Observatoire de l'habitat“, soll ein Mietkataster zur Bestimmung der ortsüblichen Vergleichsmiete als Grundlage der Mietpreisbildung dienen. Der ungezügelte Anstieg der Mieten muss gebremst werden.

Wir wollen die Gemeinden bei der Taxierung von leer stehenden Woh-

nungen und ungenutztem Bauland unterstützen. Generell werden Gemeinden ermutigt, aktiver auf dem Wohnungsmarkt zu werden. Insbesondere jungen Familien werden bezahlbare Mietwohnungen mit Vorkaufsrecht zur Verfügung gestellt. Wir wollen die Funktion der beratenden Mietkommissionen in den Gemeinden auf nachhaltige Wohnungs- und Siedlungsentwicklung ausweiten. Das Aufgabenfeld der obligatorischen Mietkommission wird auf alle Wohnformen und -verhältnisse ausgedehnt. So wollen wir dem prekären Wohnen besser entgegenwirken.

Wir werden zusammen mit dem Syvicol ein Quotenverfahren für soziale Mietwohnungen entwickeln. Neue Strukturen, wie Wohnbaugenossenschaften, werden entwickelt und staatlich gefördert, da sie sich im Ausland bewährt haben. Wir werden ferner im Hinblick auf den Bau geförderter Wohnungen – wie im eingebrachten Gesetzentwurf vorgesehen – privaten Bauträgern die gleiche Unterstützung gewähren wie den öffentlich-rechtlichen Bauträgern.

Wir werden eine nationale Siedlungsentwicklungsgesellschaft schaffen. Diese wird die nachhaltige siedlungs- und wohnungspolitische Handlungsfähigkeit der kommunalen und nationalen Entscheidungsträger gestalten. Barrierefreie Siedlungsgebiete und Wohnungen werden gefördert. Menschen mit Behinderung können so ein autonomes Leben führen.



a) & b) Es muss eine nationale Aufgabe sein, die Preisentwicklung am Wohnungsmarkt zu brechen. Dies wird nicht über eine Erhöhung und Ausweitung der bestehenden Subventionen zu erreichen sein, die zurzeit ob der hohen Preise keine Wirkung mehr entfalten. Zudem lässt die prekäre finanzielle Lage der öffentlichen Haushalte keine großen Sprünge zu. Wir wollen deshalb auf der Angebotsseite neue Wege gehen. Die Mobilisierung von Bauland und freistehenden Wohnungen sowie die Schaffung von sozialem und verbilligtem Wohnraum, gerade für Menschen mit niedrigem und mittlerem Einkommen, sind in unseren Augen die zentralen Aufgaben einer zeitgemäßen Wohnungspolitik.

Wir werden alles daran setzen, um das Baulandangebot in den kommenden Jahren zu steigern. Wir wollen besonders das Instrument der Baulandverträge und der Bauungspflicht einsetzen, die es erlauben, zusammen mit den Eigentümern, ausgewiesenes bzw. neu auszuweisendes Bauland innerhalb einer gewissen Zeit tatsächlich auf den Markt zu bringen bzw. zu bebauen. Wir wollen den Rahmen des „pacte logement“ deshalb überarbeiten und zusammen mit den Gemeinden verbindliche Ziele festlegen.

Wir sind der Meinung, dass die öffentlichen Promotoren in der jetzigen Situation nicht noch zusätzliche Baulandreserven anlegen sollten, sondern die bestehenden öffentlichen Baulandreserven sofort mobilisieren müssen. Wir werden deshalb die öffentlichen Baulandreserven von Staat und Gemeinden (Brachen, Baulücken,...) schnellstmöglich auf den Markt bringen und zusammen mit privaten Investoren z.B. mittels „Public Private Partnership“ entwickeln und gerade jungen Familien mit niedrigem und mittlerem Einkommen via Erbpachtverträge, Mietkauf, Mietwohnungen sowie verbilligtem Wohnraum und Sozialwohnungen zugänglich machen.

Diesen Punkt wollen wir zusammen mit den Gemeinden im Rahmen des „pacte logement“ klären und verbindliche Ziele festlegen.

Wir werden die Arbeit und Resultate des „Fonds du logement“ und der „Société nationale des habitations à bon marché“ bilanzieren und die notwendigen inhaltlichen und strukturellen Schlussfolgerungen aus dieser Analyse ziehen. Wir wollen, dass die öffentliche Hand sich als proaktiver wohnungsbaupolitischer Akteur auf die Erstellung von Sozialwohnungen bzw. von verbilligtem Wohneigentum und Mietwohnungen konzentriert. Um dem enormen Bedarf nachkommen zu können, wollen wir zusätzlich die private Initiative aufgrund klarer staatlicherseits festgelegter Kriterien z.B. mit Hilfe von „Public Private Partnership“ in die Schaffung von Sozialwohnungen aktiv einbinden. Das Baulückenprogramm der Stadt Luxemburg dient uns hierfür als Vorbild. Die Zuweisung von öffentlich gefördertem Wohnraum werden wir aufgrund von transparenten Kriterien entscheiden.

Wir werden generell die Instrumente des Erbpachtvertrags („bail emphytéotique“) oder des Mietkaufs („location-vente“), die den Vorteil haben, dass der Grundstückspreis sich nicht so stark im Wohnungspreis niederschlägt, fördern.

Die Baulandspekulation hat ungeahnte Ausmaße angenommen. Der Erwerb oder der Nichtverkauf von Bauland hat sich zu einer der besten Geldanlagen entwickelt.

Vor allem die öffentliche Hand hat diese Entwicklung zu verantworten, durch eine Politik, die zu einer künstlichen Baulandverknappung und einer unzureichenden Baulandmobilisierung geführt hat. Wir denken, dass die dramatische Situation am Wohnungsmarkt kurzfristig ein lenkendes Eingreifen seitens des Staates notwendig macht.



a) & b) Luxemburg braucht mehr erschwingliches Bauland und mehr soziale Mietwohnungen. Anders als die Regierung, wollen déi gréng den Wohnungsmarkt nicht allein den privaten Bauträgern überlassen. Um gegen die Verteuerung durch Spekulation vorzugehen, müssen Staat und Gemeinden eigenhändig Bauland erwerben und mehr bezahlbaren Wohnraum zur Verfügung stellen. Eine stärkere Kontrolle der Mieten ist unerlässlich, um auch hier Exzesse zu verhindern. Die Spekulation durch leerstehende Wohnungen müssen die Gemeinden mit Sanierungsprogrammen und Abgaben eindämmen. Dafür brauchen sie staatliche Hilfe.

Vorschläge von déi gréng zur Wohnungspolitik

Staat und Gemeinden als Akteure stärken

déi gréng werden:

- das Recht auf würdiges Wohnen in der Verfassung verankern. Damit sollen das Recht auf Wohnen und das Eigentumsrecht dieselbe legale Bedeutung erhalten, was bei der Abwägung unterschiedlicher Interessen von großer Bedeutung ist;
- die Wohnungsbaupolitik zur nationalen Priorität erklären und Staat und Gemeinden verstärkt und gemeinsam einbinden, damit erschwingliches Bauland bereitgestellt wird und soziale Mietwohnungen geschaffen werden können;
- eine nationale Wohnungsbaugesellschaft gründen und so ausrichten, dass sie den Gemeinden bei der Finanzierung, der Schaffung und Verwaltung von Bauland und sozialen Mietwohnungen hilft. Nach einer Reform des „Pacte Logement“ können dessen überarbeitete Instrumente flächendeckend und koordiniert angewendet werden;
- neue Formen des Zusammenlebens fördern und ein flächen- und energieeffizientes Wohnungsangebot schaffen, das kinderfreundlich, seniorengerecht, barriere- und verkehrsfrei ist und jungen Erwachsenen bei ihrer Existenzgründung hilft;

- autonome und semi-autonome Wohnstrukturen ausbauen;
- Initiativen wie die „Agence Immobilière Sociale“ fördern, mit dem Ziel, nicht die Geldrendite der Wohnung in den Vordergrund zu stellen, sondern deren Gebrauchswert;
- neue Eigentumsformen fördern, wie zum Beispiel die Erbpacht („bail emphytéotique“) und Vorbehalten mit Informationskampagnen und positiven Beispielen begegnen;
- Vorkaufsrecht von Staat, Gemeinden und staatlichen Bauträgern ausdehnen auf jedes Bauerwartungsland (potenzielles Bauland) außerhalb des Bauperimeters;
- Das PAG-Gesetz umändern, um den Gemeinden die Möglichkeit zu geben, punktuelle Probleme im städtischen Bereich zu lösen (Festlegung restriktiver Bauperimeter, „Zones d'aménagement différencié“, „Zones d'urbanisation prioritaires“,...).

Wohnungsbaupolitik finanziell absichern

déi gréng werden:

- den Gemeinden den nötigen finanziellen Spielraum bereitstellen, um im Wohnungsbau aktiv zu werden;
- die Grundsteuer reformieren, damit der reelle Wert des Bodens berücksichtigt wird. Zusammen mit einer ökologisch und sozialen Steuerreform werden somit Gelder für den Wohnungsbau durch Staat und Gemeinden frei;
- die Einführung von Reglementen und Taxen auf lokaler Ebene unterstützen, um die Zahl der leerstehenden Wohnungen zu reduzieren, so wie die Region Brüssel dies beispielhaft umgesetzt hat;
- die Ziele der Landesplanung (IVL) mit steuerlichen Maßnahmen unterstützen, z.B. die aktuelle Wegepauschale hinterfragen.

Intelligenter fördern und Mieten begrenzen
déi gréng werden:

- die staatliche Subventionspolitik überprüfen und die Hilfen den bedürftigen Personen gezielter zukommen lassen;
- die Entwicklung der Mieten besser kontrollieren, durch die Einführung eines Mietspiegels, z.B. nach deutschem Modell, der eine gezielte Kontrolle und Begrenzung der Mieten ermöglicht;
- das Mietgesetz modernisieren, damit die energetische Sanierung von Mietwohnungen gefördert wird und die Mietpreise nicht auf Kosten der finanziell benachteiligten Haushalte ansteigen;
- spezifische Fördermaßnahmen für junge Menschen einführen, dies im Rahmen des sozialen Wohnungsbaus;
- den Gemeinden dabei helfen, erschwingliche und soziale Mietwohnungen anzubieten. Jede Gemeinde sollte eine Mindestanzahl an sozialen Mietwohnungen zur Verfügung stellen müssen, dies in Eigenregie oder unter Mithilfe der Wohnungsbaugesellschaften („Fonds du Logement“, „SNHBM“) und der „Agence Immobilière sociale“ (AIS).

Wohnraum besser planen

déi gréng werden:

- das Nachhaltigkeitsministerium reorganisieren, damit die Landesplanungsbehörde die anderen Bereiche wie Mobilität, Umwelt, regionale Entwicklung und Infrastrukturen vernetzt und koordiniert;
- die landesplanerischen Vorgaben („Plan directeur de l'aménagement du terri-

- toire“, IVL) stärker berücksichtigen und die Entwicklung der regionalen Zentren an ihnen ausrichten. Dementsprechend wird der „Pacte Logement“ angepasst;
- die „sektoriellen Entwicklungspläne“ der Regionalplanung zu Grunde legen. Wir werden die Umsetzung der Regionalplanung durch regionale Finanzierungsfonds unterstützen, um auf diese Weise Interessenkonflikte zu entschärfen und eine größere Kohärenz in der Gemeindeentwicklung zu fördern;
- die Instrumente des „Pacte Logement“ praxisnah ausgestalten. Diese sinnvollen Instrumente werden bisher kaum eingesetzt und bedürfen weiterer politischer Entscheidung, auch in den Bereichen „Grundsteuer“ und „Eigentumsrecht“;
- bei der Gemeindeentwicklung das verdichtete Bauen innerhalb der bestehenden Bauzonen der Ausweitung des Bauperimeters vorziehen;
- die Bürgerinnen und Bürger stärker bei den Vorstudien der PAG einbinden und das Gesetz dahingehend ergänzen;
- die Bindung eines Bauvertrags an einen Grundstückskauf gesetzlich verhindern;
- öffentliche Bauten so planen, dass sie vielfältig nutzbar und ohne aufwändige Maßnahmen im Laufe der Zeit umnutzbar sind;
- bei öffentlichen Bauvorhaben weniger energieintensiven Baumaterialien den Vorzug zu geben sowie auf die Verwendung von wieder verwertbaren Materialien achten;
- bei größeren Wohnbauprojekten die Entwicklung von Gemeinschaftsgärten gezielt fördern.



a) & b) Die Wohnungspolitik der vergangenen Jahrzehnte konzentrierte sich fast ausschließlich auf die Förderung des Wohneigentums und auf die entsprechende Unterstützung der Nachfrage. Während die Förderung des Erwerbs der eigenen Wohnung durchaus erfolgreich war, muss aber festgestellt werden, dass diese Politik – mit ihren steuerlichen Instrumenten und direkten Beihilfen – neben vielen anderen Faktoren zur Preisexplosion am Immobilienmarkt beigetragen hat. Aufgrund dieser Erkenntnis wird sich die LSAP in der kommenden Legislaturperiode dafür starkmachen, dass es zu einem Paradigmenwechsel kommt, und der Schwerpunkt der Wohnungspolitik auf die Ausweitung des Angebots gelegt wird.

Die LSAP wird eine umfassende Wohnungsbauoffensive starten, die auf mehreren Ebenen ansetzt, u.a.:

- die Ausweitung des Bauperimeters im Rahmen des „Plan sectoriel logement“: Dieses potenzielle Bauland sollte möglichst schnell im Rahmen des IVL-Konzepts erschlossen und genutzt werden;
- die konsequente Förderung des öffentlichen und privaten sozialen Wohnungsbaus sowie die gesetzliche Einführung eines minimalen Prozentsatzes von sozialen Wohnungen in sämtlichen Gemeinden im Verhältnis zur Einwohnerzahl;
- den nachhaltigen Ausbau des Mietwohnungsbestands: die Neuausrichtung des „Fonds du logement“, der verstärkt mit dem Bau und der Vermittlung von sozialen

Mietwohnungen betraut werden soll; daneben muss die „Société nationale des habitations à bon marché“ (SNHBM) auch weiterhin ihre Rolle als Förderinstrument im Bereich des sozialen Wohnungsbaus übernehmen;

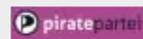
- das Einsetzen einer Mietbremse, die den gesetzlichen Mietzins an die Entwicklung der Marktzinsen koppelt, ohne dass die Grenze von 5 Prozent überschritten werden kann;
- die Besteuerung und strikte Begrenzung der Zweckentfremdung von Wohnraum für Bürozwicke: Das gilt auch für den Staat selbst und die Gemeinden;
- die Durchsetzung des öffentlichen Vorkaufsrechts bei Grundstücksverkäufen;
- die systematische Förderung von Mietkauf- und Erbpacht-Modellen;
- die Beschleunigung der Prozeduren zur Steigerung der Bautätigkeit;
- die Bekämpfung von Wohnraum- und Baulandspekulation durch die Besteuerung von freistehendem Wohnraum und brachliegenden Grundstücken sowie die Neuordnung von ungenutztem Bauland;

Darüber hinaus werden die Sozialisten am „billigen Akt“ festhalten, die Notarkosten begrenzen, dichtere und energieeffiziente Bauweisen durchsetzen und die Einführung eines zielgruppenorientierten zinsfreien Darlehens für energetische Sanierungsprojekte befürworten.

déi Lénk

a) déi Lénk setzen sich dafür ein, dass Staat und Gemeinden selbst genügend Wohnungen zur Verfügung stellen, dazu eine Bestandsaufnahme der zur Verfügung stehenden Bauflächen gemacht wird und Wohnungsbau in Eigenregie durchgeführt wird. Die Spekulanten werden zur Kasse gebeten, indem größeres Bauland in jedem Jahr, in dem es nicht bebaut wird, und Wohnungen, die über längere Zeiträume leer stehen, mit einer neuen Steuer belegt werden. Das Mietrecht soll gestärkt und eine öffentliche „Agence sociale immobilière“ den Menschen helfen, eine ihren Bedürfnissen angepasste Wohnung zu finden.

b) Wir wollen am bestehenden Instrumentarium im Prinzip nichts ändern, wenigstens nicht aus reinen Kostengründen.



a) Die Piratenpartei spricht sich dafür aus, dass auch in Nicht-IVG-Gemeinden Bevölkerungs- und Bauperimeter zugelassen werden.

b) Hier ist zuerst eine Analyse der bestehenden Beihilfen vorzunehmen, ehe vorschnell neue eingeführt oder erfolgreiche abgeschafft werden. Diese Einblicke sind einer außerparlamentarischen Partei im Moment verwehrt, weswegen wir momentan keine verbindliche Aussage treffen können.



a) Die KPL räumt der Bekämpfung der Wohnungsnot, neben der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit, absolute Priorität ein und fordert in ihrem Wahlprogramm den Bau von 40.000 öffentlichen Mietwohnungen innerhalb von fünf Jahren, die Schaffung einer öffentlichen Baulandreserve, die Einführung einer Spekulationssteuer auf Bauland, welche der tatsächlichen Steigerung des Bodenwerts entspricht, die Verallgemeinerung der Erbpacht und des Mietkaufs, die Abänderung des Mietgesetzes im Sinne einer deutlichen Senkung des Quadratmeterpreises bei Wohnungen, die vor 1960 gebaut wurden.

b) Im Bereich der staatlichen Beihilfen im Wohnungsbau fordert die KPL u.a. die vollständige steuerliche Absetzbarkeit der Zinsen bei Hypothekendarlehen für Eigentumswohnungen, die zu eigenen Zwecken benutzt werden, die Verallgemeinerung der staatlichen Bürgschaften bei Hypothekendarlehen, im Falle, wo junge Menschen die entsprechenden Garantien nicht aufbringen können.

adr:

a) & b) Ein sicheres Dach über dem Kopf ist ein Grundbedürfnis. Jean-Claude Juncker mag die Wohnungsnot in Luxemburg öffentlich zu seiner größten Fehlleistung hervorgehoben haben, daran geändert haben der Premier und seine Regierungen wenig bis nichts! Deshalb hat die ADR bei der Verfassungsrevision vorgeschlagen, dass ein gesonderter Artikel das Recht auf Wohnen garantiert („Le droit au logement est garanti“). Der Staat hat dafür zu sorgen, dass die Bedingungen geschaffen werden, damit jeder unter würdigen Umständen wohnen kann („L'Etat veille à ce que toute personne puisse vivre dignement“). Unter den Bedingungen der freien Marktwirtschaft gibt es nur einen Weg, um Kauf oder Miete in Luxemburg wieder zu vernünftigen Preisen anzubieten: eine deutliche Vergrößerung des Angebots.

In ihren Wahlprogrammen bietet die ADR viele konkrete Vorschläge um die Probleme am Wohnungsmarkt zu beheben, die hier nur teilweise und stichwortartig wiedergegeben werden können:

- Die Prozeduren, z.B. für eine Baugenehmigung, müssen deutlich einfacher und schneller werden.
- Wo es möglich ist, muss eine größere Baudichte, z.B. über mehrere Stockwerke, zugelassen werden.
- Staat und Gemeinden müssen Baugrund zu richtungsweisenden Preisen verkaufen, eventuell über den Weg der Erweiterung des Bauperimeters.
- Jede Familie muss, für ihre Erstwohnung, zu staatlichen Hilfen Zugang haben.
- Neue Formen des Wohnungserwerbs wie den Erbpachtvertrag und den Mietkauf müssen unterstützt werden.



Visitez
aussi
notre
site
Internet:

www.cgfp.lu

Frage 7: Bildungspolitik

- a) Eine öffentliche Bilanz der Grundschulreform liegt seit kurzem vor: Welche konkreten, punktuellen Verbesserungen schlägt Ihre Partei für die Zukunft vor?
- b) Unabhängig von dem noch ausstehenden Gutachten des Staatsrates, welche wesentlichen Bestimmungen der im Parlament hinterlegten Sekundarschulreform müssten nach Meinung Ihrer Partei noch abgeändert werden?
- c) In Bildung und Erziehung spielt das Beherrschen der drei Landessprachen als wesentliches Element unserer nationalen Identität eine entscheidende Rolle. Hinzu kommt der wachsende Einfluss des Englischen, weshalb das Beherrschen der Sprache Shakespeares für Schüler und Studenten von kapitaler Bedeutung ist. Eine Verwässerung unserer Mehrsprachigkeit wäre fatal für unser Land und unsere Jugend. Wie steht Ihre Partei zu dieser Problematik?



Wir haben in den vergangenen Jahren entscheidende Reformprojekte und wichtige Infrastrukturinvestitionen mit auf den Weg gebracht.

Die Grundschule wurde wegweisend reformiert. Darauf kann die vorliegende Sekundarreform aufbauen. Zudem wurden die Berufsausbildung und auch die Lehrmethoden erneuert.

Die Grundschulreform soll punktuell verbessert werden, so wie es das Gutachten vorsieht, und im Dialog mit den Betroffenen.

Wir werden diese Zukunftsreformen weiterentwickeln, die Lehrpläne straffen und an die Erfordernisse und Erkenntnisse der Reformen anpassen. Nicht die Menge, sondern die Qualität des Lernens werden wir verbessern. Wichtig ist uns dabei, Leistung in den Vordergrund zu setzen und zu fördern. Hinzu kommt der Dialog mit Schülern, Eltern, Lehrern, Schulpersonal und Berufsvertretern. Entscheiden wird am Ende das Parlament.

Wir werden die dem Parlament vorliegende Reform des Sekundarunterrichts in die Praxis umsetzen.

Wir werden die Berufsausbildung weiter fördern. Wir wollen Brücken zwischen sogenannten intellektuellen und manuellen Berufen bauen.

Wir werden uns für möglichst autonome Schulen einsetzen. In der

Grundschule werden die Schulpräsidenten schrittweise durch Schuldirektoren ersetzt.

Wir werden – nach Verabschiedung der aktuellen Reformen – keine weitere strukturelle Schulreform mittragen. Die Schulgemeinschaft braucht politische Stabilität und Ruhe. Grund- und Sekundarschule müssen eine Schule aus einem Guss werden.

Wir werden auf den Stärken der Schüler aufbauen. Die Orientierung der Schüler wird durch eine bessere Profilerstellung zielführender gestaltet. Das CPOS („Centre de psychologie et d'orientation scolaires“) und die SPOS („Service psychologique d'orientation scolaire“) werden wir reformieren.

Wir werden die „Maison de l'orientation“ gesetzlich festschreiben. Die schulische und berufliche Beratung von Jugendlichen und Erwachsenen wird verstärkt regionalisiert.

Die Mehrsprachigkeit ist eine Stärke unseres Schulsystems. Wir müssen aber das Schulangebot an die Wirklichkeit anpassen, um keine Talente nutzlos zu vergeuden. Deshalb schaffen wir die Möglichkeit einer Alphabetisierung auf Französisch oder einer zweisprachigen Alphabetisierung. Die englische Sprache erhält eine größere Programmgewichtung innerhalb der Mehrsprachigkeit.



a) In der Grundschule hat die Einführung des kompetenzorientierten Unterrichts ohne eine entsprechende Aus- bzw. Weiterbildung der Lehrkräfte zu sehr viel Unsicherheit und Unklarheiten geführt. Hinzu kommt, dass die Lehrbücher und -materialien nicht entsprechend angepasst wurden. Dies ist ein Geburtsfehler der Grundschulreform, der auch mit dem größten Engagement seitens der Lehrerinnen und Lehrer nicht aufgefangen werden konnte. Hinzu kommt, dass mangels entsprechender Richtlinien seitens des Ministeriums die Reform von Schule zu Schule anders umgesetzt wurde.

Der administrative Aufwand für die Lehrkräfte ist durch die Grundschulreform stark gestiegen, was zur Folge hat, dass wertvolle Zeit, die die Lehrer in die Vorbereitung ihres Unterrichts stecken könnten, für Papierkram verloren geht. Fazit: Vom vorgegebenen Ziel, nämlich einer besseren individuellen Förderung des einzelnen Schülers, sind wir heute weiter denn je entfernt.

Die individuelle Förderung des Schülers steht im Mittelpunkt unserer Bildungspolitik. Die DP bekennt sich zu den Zielen des kompetenzorientierten Unterrichts. Die Art und Weise, wie diese Ziele erreicht werden sollen, ist jedoch völlig offen und erfordert deshalb eine konkrete Auseinander-

setzung mit einer individualisierten Unterrichtsgestaltung. Die DP steht zum Prinzip der Vielfalt an pädagogischen Modellen in den Luxemburger Schulen. Der kompetenzorientierte Unterricht ist für uns lediglich ein Instrument unter vielen, das dem Lehrer zur Verfügung steht. Für die DP ist der kompetenzorientierte Unterricht kein klar umrissenes didaktisches Modell und lässt deshalb eine Vielzahl an unterschiedlichen pädagogischen Ansätzen zu. Wir wollen die aktuellen Lehrpläne überarbeiten und die darin enthaltenen Kompetenzsockel auf ein Minimum reduzieren bzw. auf einige Kernbereiche begrenzen.

Das Vermitteln der Allgemeinbildung darf nicht vernachlässigt werden. Das Bewertungssystem muss stark vereinfacht werden, sodass der administrative Aufwand für die Lehrer auf ein Minimum reduziert wird und die Verständlichkeit für die Eltern und Schüler garantiert ist.

b) Die DP spricht sich für die Einführung des Tutorats in der Sekundarschule aus. Der Tutor soll demnach eine wichtige koordinierende Rolle spielen für eine ganze Reihe von Ansprechpartnern (Klassenlehrer, Schulpsychologe, Sozialarbeiter usw.), die dem Schüler zur Verfügung stehen.

Die DP ist der Ansicht, dass die Schulleitung versuchen sollte, in den ersten

beiden Jahren des „cycle inférieur“ die Lehrerteams weitestgehend beizubehalten. Dadurch verspricht sich die DP ein verbessertes Schulklima und eine kohärentere Betreuung der Schüler.

Anstatt dass die Schüler innerhalb der „classes de rattachement“ individuell betreut werden, will die DP, dass eine stärkere Individualisierung des Unterrichts in allen Fächern garantiert wird. Die DP ist darüber hinaus der Ansicht, dass schulische Defizite durch individualisierte Hausaufgaben innerhalb des Schuljahres in Angriff genommen werden müssen.

Die DP will eine detaillierte Analyse des aktuellen Kompensationssystems durchführen, um in voller Kenntnis der positiven und negativen Auswirkungen dieses Systems über eine Reform diskutieren zu können. Für die DP kann eine Debatte über die Promotionskriterien jedoch nicht losgelöst gesehen werden von einer Debatte über Bildungsziele und Schulprogramme.

Die DP ist der Ansicht, dass die Schüler weitgehende Freiheit bei der Auswahl ihrer Studienfächer genießen sollten. Wir wollen die Schulen darin unterstützen, sich thematische Schwerpunkte zu geben, um so den Schülern von vorneherein eine Garantie geben zu können, dass bestimmte Fächerkombinationen möglich sind.

Die Schüler müssen auf diese Entscheidung vorbereitet und dabei unterstützt werden. Die DP will dies im Rahmen eines individuellen Zukunftsplans für jeden Schüler garantieren. Die Wahl der Fächerkombination des „cycle supérieur“ soll demnach das Resultat eines langfristigen Reflexionsprozesses des Schülers sein,

bei dem auch die Eltern und der Tutor eng eingebunden sind.

c) Die DP bekennt sich zur Mehrsprachigkeit im Luxemburger Schulsystem und zu hohen Sprachenstandards in der Sekundarschule. Doch bei dem Erlernen von Fachkompetenzen in den Nicht-Sprachenfächern darf es nicht zu sprachlichen Barrieren kommen. Hier muss das Erlernen der Fachkompetenzen im Mittelpunkt stehen. Um den unterschiedlichen sprachlichen Fähigkeiten der Schüler Rechnung zu tragen, und die Schüler möglichst individuell fördern zu können, sollte eine Differenzierung der Unterrichtssprache in den Nicht-Sprachenfächern angeboten werden. Die DP will daher den Schülern grundsätzlich eine Wahlmöglichkeit bei der Unterrichtssprache anbieten.

Die DP tritt dafür ein, dass der Sprachenunterricht an unseren Schulen grundlegend überdacht wird. Der Unterricht muss mehr auf den Aspekt der Fremdsprachigkeit ausgerichtet werden, sprich Deutsch und Französisch müssen, wie das Englische, konsequent als Fremdsprachen unterrichtet werden. Mehr Wert soll zudem auf die kommunikativen Fähigkeiten (Sprechen und Schreiben) gelegt werden, ohne jedoch die strukturellen Aspekte des Sprachenunterrichts (Grammatik, Vokabular) zu vernachlässigen.

Ein Charakteristikum der Luxemburger Sekundarschule besteht im Wechsel der Unterrichtssprache von Deutsch auf Französisch in der Sekundarschule. Die Frage ist, ob dies für das Aneignen von Fachwissen eher hinderlich ist oder nicht. Um dies zu überprüfen, will die DP eine entsprechende wissenschaftliche Studie in Auftrag geben.



a) & b) In Luxemburg sind die Ansprüche an eine gute Bildungspolitik besonders groß, denn wohl kein anderes Land hat eine ähnlich komplexe Sprachensituation. Gleichzeitig bringt die hohe Zuwanderungsrate und die Mehrsprachigkeit der Gesellschaft für Schülerinnen und Schüler eine zusätzliche Sprachenvielfalt mit sich. Diese Sprachensituation stellt heute mit Sicherheit die größte Herausforderung in sämtlichen Stufen des Luxemburger Schulsystems dar.

Die bisherige Bildungspolitik geht nicht genügend auf die ungleichen Ausgangsbedingungen der Schülerinnen und Schüler ein, wie etwa auf soziale oder kulturelle Herkunft, Muttersprache oder Bildungsstand der Eltern. Die Erfolgchancen der Kinder in unserem Bildungssystem und in der Berufswelt werden somit nicht optimal gefördert. Die Schule wird ihrem Auftrag als sozialer Aufzug immer weniger gerecht. Unser Schulsystem zementiert soziale Defizite leider eher, als sie zu mindern. Das müssen wir ändern!

Es sind vor allem die Lehrkräfte, die jede Reform im Kontakt mit den Schülerinnen und Schülern, dem übrigen Schulpersonal und den Eltern in die Praxis umsetzen müssen. Gegenseitiger Respekt ist deshalb ein wichtiger Grundstein grüner Bildungspolitik. Wir werden wieder Ruhe und Vertrauen ins schulische Umfeld bringen und dafür sorgen, dass nicht die Strukturen, sondern die Inhalte und deren pädagogische Vermittlung in den Mittelpunkt rücken.

c) déi gréng werden an der Mehrsprachigkeit festhalten, jedoch ab der Oberstufe eine Gliederung des Studienangebots in Haupt- und Nebensprachen einführen. Eine Schwäche in einer Sprache darf nicht automatisch zum schulischen Misserfolg führen.

Vorschläge von déi gréng zur Erziehung- und Bildungspolitik

Eine hochwertige Kinderbetreuung garantieren

déi gréng werden:

- die Qualität der öffentlichen und privaten Betreuungsangebote regelmäßig kontrollieren und verbessern, zum Beispiel durch eine gezielte Qualifikation des Personals, mehr Fachpersonal sowie einer regelmäßigen Weiterbildung und durch strengere Kriterien für gesunde Ernährung und Pflegeprodukte;
- Familien mit Kindern möglichst früh unterstützen und Kinder möglichst früh fördern. Frühkindliche Förderung funktioniert außerhalb des schulischen Rahmens: Wir brauchen gute Betreuungsstrukturen für die Kinder und Beratungsstrukturen, welche die Eltern in Erziehungsfragen begleiten und unterstützen;
- schrittweise die kostenlose, flächendeckende und öffentliche Ganztags-Kinderbetreuung anbieten, auch für Kinder des „Précoce“ („Früherziehung“). Die Öffnungszeiten der Betreuungsstrukturen sollen verbessert werden;
- das Luxemburgische als Integrationsprache fördern, sowohl in den Betreuungsstrukturen als auch in der Früherziehung;
- besondere Aufmerksamkeit auf die Inklusion der Kinder mit besonderen Bedürfnissen legen und ihnen in den Kindertagesstätten ausreichend Plätze zur Verfügung stellen („Crèches“, „Maisons relais“, „Foyers“);
- Schule und Betreuungsstrukturen besser aufeinander abstimmen und die Zuständigkeit in einem neuen „Ministerium für Kinder und Jugendliche“ bündeln;

- vermehrt innovative Betreuungsmodelle einführen und Aktivitäten unterstützen wie z.B. Natur- oder Waldbetreuung („Bëschcrèche“).

Eine Grundschule des Erfolgs sichern

déi gréng werden:

- an der Grundschule die drei offiziellen Sprachen unterrichten, ohne dass Mängel in einer dieser Sprachen automatisch zu einem Schulversagen führen;
- sowohl Schülerinnen und Schüler mit Lernschwierigkeiten und -rückständen als auch leistungsstärkere Schülerinnen und Schüler individuell fördern und fordern;
- die vierteljährlichen Bilanzen und Evaluierungen für Eltern und Schülerinnen und Schüler verständlich gestalten;
- einen gemeinsamen Werteunterricht für alle Kinder einführen, der sowohl den aktuellen Moralunterricht als auch den Religionsunterricht ersetzt;
- den Kompetenzunterricht zusammen mit dem Lehrpersonal anpassen und sowohl die schwächeren als auch die leistungsstärkeren Schülerinnen und Schüler individuell fördern;
- Bildung für nachhaltige Entwicklung integrieren sowohl in die Schulprogramme als auch in die Grundausbildungen des Betreuungs- und des Schulpersonals;
- die „Éducation différenciée“ in die Grundschule integrieren und die Schulen barrierefrei gestalten, die Aus- und Weiterbildung der Lehrkräfte entsprechend anpassen und so ein allen Kindern offenes Schulsystem verwirklichen;
- die Funktionsweise der multiprofessionellen und mobilen Teams verbessern. Diese werden genügend Mittel erhalten, um sich gezielt und möglichst früh um Schülerinnen und Schüler mit Verhaltens- oder verschiedenartigen Lernproblemen (Dyslexie, Dysphasie, Dyscalculie ...) zu kümmern und sie in Zusammenarbeit mit dem Lehrpersonal unterstützend zu begleiten;
- die Koordination und Zusammenarbeit zwischen dem Schulpersonal verbessern, speziell auch zwischen den einzelnen Zyklen;
- eine Überarbeitung und Verbesserung der Initial- und Weiterbildung der Lehrkräfte in die Wege leiten, um auch unter schwierigen Bedingungen einen qualitativ hochwertigen und flexiblen Schulbetrieb zu ermöglichen;
- eine hauptamtliche Direktion einführen, die als Gesprächspartnerin für alle erkennbar ist (Schülerinnen und Schüler, Lehrerinnen und Lehrer, sozioedukatives Personal, Eltern, Gemeinde, Ministerium und Betreuungsstrukturen), die verbindlich für Schulqualität bürgt, die Schule leitet und durch die Übernahme der Verwaltungsaufgaben die Lehrkräfte von administrativer Arbeit entlastet;
- alle Partner – und speziell die Eltern – in die wichtigen Entscheidungen einbinden, auch bei der strategischen Ausrichtung der Schule;
- überschaubare Schulstrukturen fördern und neben einer Mindest- auch eine Maximalgröße für Schulen definieren;
- finanzielle und strukturelle Mittel vorrangig in jenen Schulen einsetzen, in denen die sozialen und kulturellen Benachteiligungen am größten sind;
- „Classes d'accueil“ anbieten, damit die sprachliche Integration bestmöglich gefördert wird, besonders für erst kürzlich nach Luxemburg gezogene Kinder;
- flächendeckend öffentliche Ganztagschulen anbieten, im Zusammenspiel mit den Betreuungsstrukturen;
- überprüfen, ob die „Education précoce“ ihre Ziele erfüllt oder ob sie nicht besser durch eine Frühförderung außerhalb des Schulsystems ersetzt werden sollte;
- spezialisierte Therapiestrukturen schaffen, um möglichst vielen Kindern, die im Ausland in stationärer Behandlung sind, in Luxemburg adäquate Förderung anbieten zu können.

Sekundarunterricht als Vorbereitung fürs Leben ansehen

déi gréng werden:

- den Dialog über Lehrinhalte und neue Lehrformen mit allen Lehrkräften weiterführen und eine Individualisierung des Sekundarunterrichts unterstützen;
- vom Prinzip der frühen Orientierung der Kinder nach der sechsten Klasse in drei getrennte Ausbildungsgänge abrücken und ein Pilotprojekt mit einer Gesamtschule für noch schulpflichtige Schülerinnen und Schüler ausarbeiten;
- an der Mehrsprachigkeit festhalten, jedoch ab der Oberstufe eine Gliederung des Studienangebots in Haupt- und Nebensprachen einführen. Eine Schwäche in einer Sprache darf nicht automatisch zum schulischen Misserfolg führen;
- im technischen und im klassischen Gymnasium das Tutorat ausbauen sowie „Schüler helfen Schüler“-Projekte initiieren;
- einen neutralen Werteunterricht für alle Kinder einführen, der die bisherigen Moral- und Religionsunterrichte im Sekundarunterricht ersetzen wird;
- der politischen Bildung einen neuen Stellenwert einräumen und bereits in den unteren Klassen des „Secondaire“ über die Grundprinzipien der Demokratie sowie den Aufbau und die Funktionsweise der demokratischen Institutionen aufklären;
- die Bildung für nachhaltige Entwicklung unterstützen und die Schülerinnen und Schüler in die Lage versetzen, bei ihren Entscheidungen abschätzen zu können, wie sich das eigene Handeln auf künftige Generationen oder das Leben in anderen Weltregionen auswirkt;
- die Informatik als Schulfach aufwerten und Internetkompetenz bzw. den Umgang mit den neuen Medien und deren Möglichkeiten in alle Schulfächer integrieren, da sie ein wichtiger Bestandteil der späteren beruflichen Laufbahn sind;
- die Vermittlung von Medienkompetenz in den Grund- und Sekundarschulen fördern. Medienpädagogische Inhalte sollen fächerübergreifend dabei helfen, dass sich die Schülerinnen und Schüler kritisch mit Medienprodukten auseinandersetzen;
- die Schülerinnen und Schüler stärker an der Gestaltung des Schulalltags beteiligen und politische Bildung auch im Schulalltag auf den diversen Ebenen der Institution Schule erlebbar machen. Dies mündet in einer Stärkung der Rolle der gewählten Schülervertreterinnen und -vertreter, sowohl in den Schulen als auch auf nationaler Ebene. Somit werden Schülerinnen und

Schüler zu mündigen Bürgerinnen und Bürgern, die ihr Wahlrecht ab 16 verantwortlich ausüben können;

- die Eltern stärker ins Schulleben einbinden, ebenfalls in die Diskussionen zur strategischen Ausrichtung der Sekundarschulen;
- in den Schulbetrieb integrierte Praktika fördern und ausbauen, sowohl im klassischen als auch im technischen Sekundarunterricht und den Schülerinnen und Schülern damit einen besseren Einblick in die Arbeitswelt ermöglichen;
- den Ausbau der Schulgebäude des postprimären Unterrichts konsequent weiterführen. Besonders in den unteren Klassen sind die Schülereffektive zu hoch;
- die Arbeit der „École de la deuxième chance“ stärker fördern.

Die Berufsausbildung aufwerten

déi gréng werden:

- möglichst alle beruflichen Ausbildungswege in deutscher und französischer Sprache anbieten, um unüberwindliche sprachliche Hürden bei der Ausbildung zu vermeiden und so hinsichtlich der komplexen Sprachensituation die Chancengleichheit zu verbessern;
- das Tutorat und den „Conseiller à l'apprentissage“ aufwerten, damit Auszubildende effizienter begleitet werden können und die Zahl der Lehrabbrüche reduziert wird;
- die Ausbildungsreife anhand von definierten Mindestanforderungen festlegen;
- Selbstständigkeit, Leistungsbereitschaft, Zuverlässigkeit und Teamfähigkeit fördern und neben der fachlichen Kompetenz vermitteln;
- die Vorbildfunktion der Gemeinden und öffentlichen Verwaltungen durch ein breites Angebot an Praktika stärken;
- ein lebenslanges Recht auf Bildung festschreiben und hochwertige Weiterbildungsangebote anbieten, berufsbegleitend oder in Vollzeit („Life Long Learning“), dabei gleiche Rechte für alle Berufskategorien (Beispiel Selbstständige und Freiberufler) garantieren. Außerdem die Entwicklung und den Einsatz von „e-Learning“-Techniken fördern.

Eine optimale Orientierung garantieren

déi gréng werden:

- eine zielgerichtete Beratung zur Schul- und Berufsorientierung in allen Schulgebäuden einführen;
- Unterstützung für Jugendliche in schwierigen Lebenssituationen in allen Schulgebäuden anbieten;
- die „Maison de l'Orientation“ mit regionalen Antennen stärken, um die Vernetzung von Schule und Arbeit aktiver voranzutreiben;
- Schnuppertage und -praktika in Handwerksbetrieben einführen – auch in der Großregion – und das Handwerk als erstrebenswerte Berufsaussicht fördern;
- jeder Schülerin und jedem Schüler einen Praktikums-Tutor oder eine -Tutorin zur Seite stellen;
- die Zusammenarbeit zwischen Schule und Betrieben verbessern, indem hierfür spezifische Ansprechpartner bereitgestellt werden;
- eine systematische Analyse des Arbeitsmarkts erstellen, um die Ausrichtung der Orientierungsmaßnahmen an die Nachfrage am Arbeitsmarkt anpassen zu können.

Den Schulabbruch verhindern

déi gréng werden:

- die regionalen Beratungsstellen der „Action Locale pour Jeunes“ (ALJ) stärken und damit einen intensiveren Kontakt zu den Schulen gewährleisten;
- den „Service Volontaire d'Orientation“ für Jugendliche stärken, um gefährdeten Schülerinnen und Schülern sinnvolle Perspektiven zu bieten, und die Kooperation mit der ALJ und den Jugendhäusern verbessern;
- den Mangel an Sozial- und Schlüsselkompetenzen ernst nehmen und ihm durch eine Erweiterung der Weiterbildungsprogramme entgegenwirken;
- das systematische Angebot von Internaten garantieren und diese an die jeweiligen Schulen angliedern;
- jugendliche Schulabbrecherinnen und -abbrecher in kleinen regionalen Zentren für eine Berufsausbildung fit machen und sie kontinuierlich begleiten. Diese Zentren mit den Betrieben der Region vernetzen und in die Sozial- und Solidarwirtschaft einbinden;
- Betriebe unterstützen, die Verantwortung für diese Jugendlichen übernehmen;
- ein spezielles „Stagiaire“-Statut ausarbeiten, damit auch Personen automatisch krankenversichert / sozial abgesichert sind, die ein Praktikum lediglich als Orientierungshilfe und nicht im Rahmen einer Ausbildung oder eines staatlichen Programms machen.

Universität in Verantwortung nehmen

déi gréng werden:

- die gesellschaftliche Bildungs- und Lenkungsrolle der Universität Luxemburg stärker fördern. Projekte, Studien und Ergebnisse müssen aktiv und über Expertenkreise hinaus nach außen getragen und vermittelt werden;
- der Universität eine demokratischere Entscheidungsstruktur geben und ihre interne Funktionsweise verbessern: keine exklusive Entscheidungsgewalt für das Rektorat, sondern Mitsprache und Mitentscheidung der anderen Organe sowie der Lehrkräfte, der Forscher, der Studierenden und des Personals;
- die geisteswissenschaftlichen Lehr- und Forschungsaktivitäten stärker fördern;
- eine Ausweitung der berufsbegleitenden Studien anregen, unabhängig vom Angebot an Vollzeitstudien;
- den Universitätscampus in Belval rasch fertigstellen und den Bau der Universitätsbibliothek als zentrales Element für die Lehr- und Forschungsaktivität beschleunigen;
- den Lehrkräften, Forschenden und Studierenden bessere Lebens- und Arbeitsbedingungen bieten, insbesondere durch ausreichenden und erschwinglichen Wohnraum auf und in der Nähe des Universitätscampus;

- die akademischen und partizipatorischen Rechte des „Assistant-Professeur“ den Rechten des „Professeur“ anpassen;
- Luxemburger Forschende sowie Professorinnen und Professoren im Ausland stärker mit der Universität Luxemburg vernetzen und akademische und wissenschaftliche Aktivitäten zusammenführen;
- den Missbrauch von befristeten Arbeitsverträgen an der Universität verhindern;
- die Studentenvertretungen besser einbinden, sowohl auf der Ebene der Universität als auch auf jenen der Fakultäten und Institute;
- die Entstehung eines multikulturellen und lebendigen Studierendenlebens in Luxemburg fördern;
- mehr staatliche oder staatlich subventionierte Wohnungen in den europäischen Hauptzielorten unserer Studierenden anbieten, vor allem für Studienanfängerinnen und -anfänger;
- die nationalen Studentenvereinigungen stärker unterstützen und regelmäßig zu studentenpolitischen Themen konsultieren;
- das Personal des CEDIES aufstocken, um eine bessere Beratung und Begleitung der Studierenden zu ermöglichen und auch die regelmäßigen Verspätungen bei der Zuteilung der Studienbeihilfen zu beheben;
- ein nachhaltiges und sozial gestaffeltes Modell für Studienbeihilfen umsetzen, das Studierenden und Staat finanzielle Planungssicherheit bietet;
- die Studienbeihilfen auf Studenten und Studentinnen ausweiten, die auf weiterführenden Berufsschulen im Ausland studieren.

déi Lénk

- a) déi Lénk wollen in der Grundschule präzise Zielsetzungen und verständliche Bewertungsmethoden verankern, zur Unterstützung aller Schüler die Verantwortung für eine Lerngruppe einem multiprofessionellen Team anstatt einem einzelnen Klassenlehrer übertragen und deshalb die vorhandenen Ressourcen und Kompetenzen der Education différenciée (EDIFF) in die Schulen eingliedern sowie die bestehenden Schulkomitees ausbauen, um die Verantwortung der einzelnen Akteure zu stärken, anstatt einen Schuldirektor einzuführen.
- b) déi Lénk wollen die Sekundarschulreform völlig neu diskutieren.
- c) déi Lénk wollen die Vielsprachigkeit auf ihrem derzeitigen hohen Niveau aufrechterhalten; in ihr liegt eine unlegbare Stärke, auf persönlichem,

kulturellem, sozialem und wirtschaftlichem Plan. Die luxemburgische Sprache in allen vor- und außerschulischen Strukturen ist zu fördern, insbesondere in der Früherziehung, die in allen Gemeinden und für den ganzen Tag angeboten werden muss. Das Sprachenlernen und besonders die Schriftsprache sehen wir als wichtiges Werkzeug zur Teilhabe in der Gesellschaft. Weiterhin sind alle Sprachen der Kinder wertzuschätzen und als Sprungbrett zum weiteren Sprachenlernen zu nutzen. Die Hierarchie zwischen dem Französischen und dem Deutschen und das Konzept der Verkehrssprachen und der Alphabetisierung müssen gründlich diskutiert werden. Die schulische Didaktik und die Lehrbücher müssen an die besondere Sprachensituation des Landes angepasst werden.

adr:

- a), b) & c) Für die ADR ist die Schul- und Bildungspolitik ein zentrales Thema. Die jahrelangen Fehlentwicklungen, wo die Nivellierung nach unten politisches Programm ist (z.B. Kompetenzunterricht, zu großzügiges Kompensieren, Ersetzen von Noten durch nicht verständliche Bilanzen,...), sind am Ursprung von vielen Problemen wie das dramatische Ansteigen der Jugendarbeitslosigkeit. Auch die sehr hohe Durchfallquote bei offiziellen Einstellungsexamen für den öffentlichen Dienst ist ein untrügliches Zeichen für das Kaputtmachen des Bildungssystems. Es ist unmöglich, alle konkreten Vorschläge der ADR in einigen Zeilen zu umreißen, daher nur einige Stichwörter: mehr Leistung fordern, Direktoren in die Grundschule, zurück zum Punktesystem zumindest im Cyle 4 (5. und 6. Schuljahr), Sektionen im Lyzeum erhalten, Kunst- und Musiklyzeum, Handwerk aufwerten, in technischen Lyzeen besser auf die Arbeitswelt vorbereiten usw.
- Für die ADR muss Luxemburgisch zur Umgangs- und Integrationssprache in den Schulen werden. Die Mehrsprachigkeit in den Schulen muss erhalten und verbessert werden, auch mit neuen didaktischen Methoden und Mitteln, wo sowohl Deutsch als Französisch eher als Fremdsprachen gelernt werden. Neuankömmlinge müssen, ganz besonders in der Grundschule, in Spezialklassen („classes d'accueil“) unterrichtet werden, um den in Luxemburg üblichen Sprachen mächtig zu werden.

CGFP

Votre assurance professionnelle

LSAP

a) Die LSAP setzt weiter auf Innovation im Grundschulbereich und hält an bewährten Grundlagen der Reform fest. Die LSAP wird:

- die Schülerbewertung auf der Grundlage sogenannter „bilans intermédiaires“ kontinuierlich überprüfen und weiter optimieren; die „bilans“ vereinfachen und dadurch leserlicher gestalten;
- auch weiter am partizipativen Ansatz in Sachen Schulleitung festhalten: Die Selbstverwaltung in Form autonomer Schulkomitees hat sich in der Praxis bewährt, deshalb wird die LSAP auf den Einsatz von hierarchisch übergeordneten Schulleitern verzichten und nur im Bedarfsfall auf eine derartige Maßnahme zurückgreifen; die gewählten Elternvertreter stärker in den Schulbetrieb einbinden; den Verwaltungsaufwand reduzieren.

b) Die LSAP steht zum Gesetzesprojekt, so wie es von der Bildungsministerin im Namen der CSV-LSAP-Regierung im Parlament eingebracht worden ist.

c) Die LSAP betrachtet die Mehrsprachigkeit nicht nur als wichtigen Vorteil bei der Suche nach einem Arbeitsplatz, sondern auch als kulturellen Reichtum, den es zu erhalten gilt. Die LSAP wird sich dafür einsetzen, dass das Erlernen der drei Landessprachen (und des Englischen) einen hohen Stellenwert in unserem Bildungssystem behält. Doch die Mehrsprachigkeit muss eine Chance sein; sie darf nicht zur unüberwindlichen Hürde für den schulischen oder beruflichen Erfolg oder die gesellschaftliche Integration werden. Daher wird die LSAP darauf achten, dass die Sprachanforderungen in der Grundschule und in der Sekundarschule diesem übergeordneten Ziel Rechnung tragen. In der Grundschule wird die LSAP ein Pilotprojekt initiieren, das auf französische Alphabetisierung setzt und die deutsche Sprache als Fremd- bzw. Zweitsprache anbietet. Im technischen Sekundarunterricht werden die erforderlichen Sprachkompetenzen je nach ausgewählter Fachrichtung unterschiedlich gewichtet werden.

KPL

a) Die KPL ist der Ansicht, dass es sich hierbei in erster Linie um eine technokratische, formale Reform der Grundschule handelt. Das Bildungsministerium hätte noch viel enger mit den Gewerkschaften zusammenarbeiten müssen – zum Beispiel bei den sogenannten „bilans“ –, was aber leider nicht der Fall war. Nur so hätte man im Sinne einer dialektischen Aufhebung positive Aspekte der früheren Grundschule bewahren und neue Methoden integrieren können. Diverse pädagogisch-didaktische sowie methodische Neuerungen („équipe multi-professionnelle“, „approche par compétences“, „bilans“, „plans de réussite scolaire“) haben Einzug erhalten; diese müssen allerdings noch einmal mit den Gewerkschaften überarbeitet und verbessert werden. Alles bleibt Makulatur, wenn die Betreuungsstrukturen und -zentren („maison relais“) nicht ausgebaut werden. Für die Schüler aus einkommensschwachen Familien müssen in materieller, soziokultureller und pädagogisch-didaktischer Hinsicht die gleichen Ausgangsvoraussetzungen geschaffen werden. Deshalb plädiert die KPL für die Einführung der Ganztagschule (bei gleichzeitiger massiver Aufstockung des Lehr- und Erziehungspersonals). Welche katastrophalen Auswirkungen die Grundschulreform hat, erkennt man an den Orientierungsmaßnahmen in den Städten mit einer hohen Dichte an Arbeiter- und Migrantenfamilien – quasi jedes dritte Kind wird ins „régime préparatoire“ überwiesen.

b) Für die Sekundarschulreform gilt dasselbe wie für die Reform der Grundschule. Es handelt sich vorrangig um eine formale Neugestaltung der Sekundarschule, welche die soziologische Struktur des luxemburgischen Bildungssystems nicht wesentlich ändern wird. Die Sekundarschule Luxemburgs wird mit dieser Reform, die gleichsam von der kapitalistisch-

neoliberalen Wirtschaftsorganisation OECD diktiert wurde, weiterhin ein Spiegelbild der bürgerlichen Klassengesellschaft bleiben. Die KPL fordert die Einführung einer laizistischen polytechnischen Sekundarschule (dreijähriger „tronc commun“ nach der Grundschule) mit Schwerpunkt auf den Human- und Naturwissenschaften bei gleichzeitiger Ausbildung der manuellen Fähigkeiten sowie mit anspruchsvollen, objektiven Leistungskriterien – d.h. keine automatische Versetzung, jedoch Berücksichtigung der Stärken des Schülers. Anschließend erfolgt die vierjährige Berufsausbildung (Handwerker oder Techniker) oder die vierjährige Vorbereitung auf das klassische bzw. technische Abitur – bei Beibehaltung der meisten bestehenden „Sektionen“, jedoch Prozedurvereinfachung beim Wechsel des schulischen Schwerpunkts.

c) In der Tat erweist sich die Mehrsprachigkeit als Luxemburger Besonderheit, welche auf jeden Fall bewahrt werden muss. Allerdings bedarf es hierzu konkreter Anstrengungen. Vor allem Kindern und Jugendlichen aus Migranten- und Arbeiterfamilien fehlt beim Erlernen der Sprachen die nötige Unterstützung. Diese kann ihnen nur geboten werden, wenn die Betreuungsstrukturen, in denen der Sprachenerwerb (Hausaufgaben, spielerische Herangehensweise, spezifische Übungen, Kommunikationssituationen etc.) eine zentrale Rolle haben muss, ausgeweitet und verbessert werden. Insbesondere im Kindergarten und im ersten Zyklus der Grundschule müssen neue Wege gefunden werden. Das Nicht-Beherrschen der Mehrsprachigkeit darf indes nicht als Ausschlusskriterium fungieren, vor allem nicht bei Jugendlichen, die aus politisch-wirtschaftlichen Gründen mit ihren Eltern nach Luxemburg zogen / ziehen mussten. Diese werden auf schulischer Ebene oft falsch orientiert.

piratepartei

a) & b) Die augenblicklich starre und unflexible Struktur im Sekundarschulsystem wird durch diese Reform nicht verändert. Wir fordern deshalb die Zusammenlegung des „Enseignement Secondaire Classique“ und des „Enseignement Secondaire Technique“, um so ein sogenanntes modulares Schulsystem einführen zu können. Durch die Verschmelzung der aktuell separaten Systeme zu einem einzigen, modular aufgebauten System könnte man optimal auf die persönlichen Stärken und Schwächen des individuellen Schülers eingehen.

b) Keine Position.